

## Kriminelle Komponenten der russischen Wirtschaft: Typen und Dimensionen

Glinkina, Swetlana

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Glinkina, S. (1997). *Kriminelle Komponenten der russischen Wirtschaft: Typen und Dimensionen*. (Berichte / BIOst, 29-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43066>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einleitung: Zur Struktur eines Phänomens .....	7
2. Zum Begriff "Schattenwirtschaft" .....	8
a) Inoffizielle Wirtschaft .....	10
b) Illegale Wirtschaft.....	12
c) Fiktive Wirtschaft.....	14
3. Gründe für die Existenz der kriminellen Wirtschaft .....	19
4. Entstehungsbereiche des kriminellen Kapitals.....	26
5. Außenwirtschaftsbereich.....	32
6. Geldwäsche .....	34
7. Schlußbemerkung.....	37
Summary .....	39

15. Juni 1997

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien (IMEPI), Moskau.

Redaktion: Hans-Hermann Höhmann/Regine Reim (Universität Passau)

Übersetzung: Brigitta Godel



**Swetlana Glinkina**

## **Kriminelle Komponenten der russischen Wirtschaft: Typen und Dimensionen**

Bericht des BIOst Nr. 29/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die gewaltigen Umgestaltungen im Transformationsprozeß Rußlands werden von mehrdeutigen sozioökonomischen Auswirkungen begleitet. Die zunehmende Zahl und veränderte "Qualität" der Wirtschaftsdelikte im Reformverlauf lenkten in letzter Zeit immer häufiger die Aufmerksamkeit auf sich. Dabei gehen die Meinungen, ob diese Tendenz Folge einer genetischen Disposition des Wirtschaftssystems der ehemaligen UdSSR zu kriminelltem Wirtschaftsverhalten oder Folge des gewählten Reformmodells ist, vielfach auseinander.

Der vorliegende Bericht analysiert den Stand der Wirtschaftskriminalität im heutigen Rußland und die Gründe für ihre Entwicklung; des weiteren erörtert er die unterschiedlichen Erscheinungsformen der "Schattenwirtschaft" sowie die Spezifika der Kriminalisierung einzelner Bereiche des Wirtschaftslebens.

Begreiflicherweise sind viele Angaben, die die Entwicklung der "Schattenwirtschaft" und der Wirtschaftskriminalität betreffen, nur Schätzwerte oder basieren auf Expertenmeinungen. Wichtige Quellen der Analyse sind Materialien des Innenministeriums der Rußländischen Föderation, die bis heute nicht sehr zahlreichen analytischen Beiträge russischer und westlicher Wissenschaftler/-innen sowie Gespräche, die die Autorin mit in der Praxis tätigen Mitarbeitern der Behörden führte, die sich mit dem Kampf gegen Wirtschaftsstraftaten und organisierte Kriminalität befassen.

#### *Ergebnisse*

1. Die sich in Rußland in den neunziger Jahren dynamisch entwickelnden Delikte im Bereich der Wirtschaft führen zu einer Kriminalisierung des Wirtschaftssystems. Kriminelle Elemente dringen in alle Stufen des Produktionsprozesses und die Wirtschaftsbeziehungen insgesamt ein.
2. Der allgemeine Begriff "*Schattenwirtschaft*" läßt sich in drei Formen gliedern: *inoffizielle, illegale und fiktive Wirtschaft*. Die Analyse zeigt, daß die "Schattenwirtschaft" selbst bei annähernd gleichem Ausmaß des Phänomens in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern hinsichtlich ihrer Struktur, ihres Einflusses auf die Distributionsverhältnisse sowie der wichtigsten aus ihr erwachsenen Probleme qualitativ wesentlich differiert. Jede

Form der "Schattenwirtschaft" muß gesondert betrachtet werden, da es Unterschiede in den Gründen, die ihre Entwicklung bewirkten, den sozioökonomischen Konsequenzen und folglich den Methoden einer möglichen Bekämpfung dieser negativen Erscheinung gibt.

3. Zu den wichtigsten allgemeinen Ursachen für die stürmische Entwicklung der russischen "Schattenwirtschaft" in den neunziger Jahren gehören insbesondere
  - der lawinenartige Charakter der ökonomischen Umgestaltungen in Rußland, wo die alten normativen Ordnungen dem Druck der Veränderungen nicht standhalten und aus den Fugen geraten zu beginnen;
  - das gewählte Modell ökonomischen Wandels, bei dem kriminelles Verhalten der Wirtschaftssubjekte zur Voraussetzung für ihre Existenz und ihr Funktionieren in der Gesellschaft wird;
  - der deprimierende Zustand der russischen Gesetzgebung (die Wirtschaftsreformen wurden eingeleitet, obwohl das wichtigste Marktgesetz, ein Bürgerliches Gesetzbuch, fehlte; die Gesetze, die zur Gewährleistung der Reform verabschiedet wurden, ließen kein durchdachtes Prioritätensystem erkennen; die Gesetzgebung über den Staatsdienst ist fragmentarisch und läßt viele Fragen offen);
  - die bewußte Zerstörung der früheren totalen Kontrolle, ohne daß neue Formen sozialer Verbrechenskontrolle nach demokratischem Verständnis geschaffen worden wären;
  - die Eigenart der entstehenden Distributionsverhältnisse, die bei breiten Schichten der Gesellschaft das Interesse an einer Entwicklung der "Schattenwirtschaft" weckten.
4. Die Herausbildung der *inoffiziellen Wirtschaft* (d.h. legale Formen der Wirtschaft, unter deren Deckmantel es zu einer von der offiziellen Statistik nicht erfaßten Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie zur Verheimlichung dieses Tuns vor den Steuerbehörden kommt) ist die Folge der im Land geltenden äußerst rigiden Steuerregelung, der niedrigen Steuermoral sowie der schwierigen materiellen Lage der Mehrheit der Bevölkerung.
5. Die *illegale Wirtschaft* (d.h. alle gesetzlich verbotenen Formen der Wirtschaft) entwickelt sich innerhalb organisierter krimineller Gruppen (OKGs) und Gemeinschaften, die sich nach territorialen und nationalen Merkmalen gebildet haben (nach Angaben des Innenministeriums der Rußländischen Föderation gibt es heute in Rußland mehr als 5.500 OKGs). Die OKGs sind sowohl im Rahmen der illegalen als auch an den Rändern der legalen Wirtschaft tätig. Seit den letzten anderthalb bis zwei Jahren gehen ihre Aktivitäten dahin, zuvor erzielte kriminelle Einkommen in den legalen Sektor der Wirtschaft zu investieren.

Die Erwirtschaftung riesiger illegaler Gewinne ermöglicht es dem organisierten Verbrechen, mit Staatsangestellten unterschiedlicher Ebenen korrumpierte Beziehungen herzustellen und ein System zu etablieren, das den Schutz der OKGs vor sozialer Kontrolle sichert. Es geht praktisch um den aktiven Aufbau mafioser Strukturen im Land; der Terminus "Mafia" als solcher wird weder in offiziellen Dokumenten der Rußländischen

Föderation noch in der wissenschaftlichen Kriminologie verwendet, sondern kursiert nur in Journalistenkreisen und der Alltagssprache.

6. Aufgrund verschiedener Faktoren veränderten sich Charakter, Umfang und Funktionsmechanismen der *fiktiven Wirtschaft* (d.h. eine auf Fälschungen, spekulative Geschäfte, Korruption und diverse andere Arten von Straftaten, die mit dem Erhalt und der Weitergabe von Geldmitteln sowie vielfältiger Privilegien verbunden sind, gestützte Wirtschaft) im Transformationsverlauf wesentlich. Im heutigen Rußland garantiert die Mitwirkung an der Verteilung und Umschichtung des nationalen Reichtums und des Staatshaushalts den Wirtschaftssubjekten erheblich größere ökonomische Vorteile als jegliche produktive Tätigkeit. Daher beginnen die am Wirtschaftsleben Beteiligten, immer mehr Mittel und Anstrengungen auf die Herstellung besonderer Beziehungen zu den Staatsbeamten zu verwenden, in deren Kompetenz für das Business bedeutsame Entscheidungen fallen (Verteilung von Quoten, Subventionen, Krediten, Lizenzen, Konzessionen usw.), um auf diese Weise bei der "Aufteilung des Kuchens" ihr Stück abzubekommen sowie ungerechtfertigte Privilegien zu erwerben.

Die Suche nach künstlich geschaffenen "Renten" stimuliert die Bildung verschiedener Lobbys (Erdöl-, Agrarlobby usw.). Unter ihnen und den um sich greifenden mafios-kriminellen Strukturen verschärft sich der Kampf um die Kontrolle über die einträglichsten Sektoren der Wirtschaft (Export, Import, Bank-, Immobilien-, insbesondere Grundstücks-, Edelmetall- und Edelsteingeschäfte).

7. In der gesetzlich kaum regulierten fiktiven Wirtschaft entstehen in Rußland größte Vermögen, deren Hauptquelle Vorzugskredite, verdeckte Exportsubventionen, Importzuschüsse und informelle Privatisierung sind.
8. Die ökonomische Basis der "Schattenwirtschaft" und des organisierten Verbrechens, zwischen denen es in den letzten Jahren zu engen Verflechtungen gekommen ist, bildet der "Schatten"geldumlauf. Nach Schätzungen der Hauptverwaltung für Wirtschaftskriminalität des Innenministeriums der Rußländischen Föderation erreichte er 60-70 Bill. Rubel, die sich aus folgenden Mitteln zusammensetzen:
  - unter Ausnutzung des verwundbaren und schwach entwickelten Bankenverrechnungssystems entwendete Gelder;
  - aufgrund von Scheingeschäften veruntreute Bankressourcen;
  - von diversen Finanzgesellschaften und Trusts in Besitz genommene Mitteln der Bevölkerung;
  - unzureichende Devisenrückgabe und unzureichender Devisenerwerb seitens der russischen Exporteure;
  - zweckentfremdete Nutzung staatlicher Kredite;
  - Falschmünzerei.

9. Das Schattenkapital muß "gewaschen" werden. Die Wäsche "schmutzigen" russischen Geldes erfolgt sowohl in Rußland selbst als auch im Ausland mit Hilfe finanzieller Transaktionen unter Verwendung von Bargeld oder im Rahmen des sogenannten "Business-Systems".

Die gewaschenen Mittel werden entweder im Ausland plaziert, wodurch das ohnehin schon riesige Volumen des Kapitalabflusses aus Rußland noch weiter erhöht wird, oder sie kehren in Form "steuerfreier" Investitionen ins Land zurück, deren Umfang sich im Zusammenhang mit den im Privatisierungsverlauf faktisch zu einem Spottpreis verkauften wichtigsten staatlichen Aktiva Rußlands vergrößert.

In Rußland fehlt fast jeglicher rechtliche Mechanismen, der es ermöglichte, Geschäfte dieser Art sowohl mit russischem als auch mit ausländischem "schmutzigem" Geld zu kontrollieren und zu unterbinden. Das Land verwandelt sich in eine Waschanstalt zur "Wäsche" krimineller Geldmittel.

## 1. Einleitung: Zur Struktur eines Phänomens

Eine Analyse der Situation in Rußland zeigt, daß Wirtschaftskriminalität ein sich dynamisch entwickelndes Phänomen darstellt. Hierbei ist nicht die rasante Zunahme der Wirtschaftsdelikte am gefährlichsten, sondern ihre neue Qualität: die Kriminalisierung des Wirtschaftssystems. Nach Angaben des russischen Innenministeriums kontrollieren organisierte Verbrechergruppen zur Zeit 40.000 Wirtschaftssubjekte, darunter ca. 500 Geschäftsbanken. Zur Verschleierung ihrer kriminellen Tätigkeit benutzen sie ca. 1.500 eigene, legal arbeitende Handelsorganisationen.<sup>1</sup> Heute bedeutet dies die Kriminalisierung aller Stufen des Produktionsprozesses (Produktion, Distribution, Austausch und Konsum) sowie des Systems der Wirtschaftsbeziehungen (Geldumlauf, Eigentumsverhältnisse, Verbrauchermarkt, Außenwirtschaftsbeziehungen).

Die Zunahme der Kriminalität beim Übergang zur Marktwirtschaft geht mit gravierenden Strukturverlagerungen einher. So kommt es zu einem Rückgang der registrierten Verstöße im Bereich von Straftatbeständen, die Verhalten sanktionieren, das der Bildung eines freien Markts zuzuordnen ist (Spekulation, private Unternehmertätigkeit, Handelsvermittlung, individuelle Arbeitstätigkeit u.a.) und mittlerweile auch zu ihrer Entkriminalisierung. Allerdings ging der Entkriminalisierung einiger Straftaten deren sprunghafter Anstieg voraus (die Spekulation erhöhte sich von 1986 bis 1991 um das 4fache, die Verletzung der Devisenvorschriften um das 6fache).<sup>2</sup> Die Zunahme zeugt in diesem Fall davon, daß entgegen der geltenden Gesetzgebung und lange vor der Legalisierung solcher Delikte einige Marktmechanismen in Gang gesetzt wurden.

Stark zugenommen haben im Zustand eines rechtlichen Vakuums Straftaten, die aus Habgier und in betrügerischer Absicht begangen wurden:

- Straftaten gegen das persönliche Eigentum erhöhten sich in den Jahren 1986-1995 um mehr als das 4fache.
- Straftaten gegen das staatliche Eigentum nahmen im selben Zeitraum langsam und widersprüchlich zu, da sie nur von Fall zu Fall registriert wurden.
- Der Betrug von Käufern und Auftraggebern wurde zu einer alltäglichen und allgemeinen Erscheinung. Seine statistische Erfassung blieb jedoch aus, da nur selten Strafverfahren eingeleitet wurden.

Ein besonderes Ausmaß an Betrugshandlungen war angesichts der herrschenden Straffreiheit in den Jahren 1992-1994 in Geschäftsbanken und anderen Krediteinstituten zu beobachten, die Einlagen der Bevölkerung akkumulierten. Millionen von Menschen wurden getäuscht, Strafprozesse gab es jedoch praktisch keine. Der Anlagebetrug wurde zu einer der wichtigsten

---

<sup>1</sup> N.V. Bolva, Kriminal'noe gosudarstvo: real'nost' ili perspektiva?, in: Aktual'nye problemy bor'by s korrupciej i organizovannoj prestupnost'ju v sfere ekonomiki, MVD RF, Moskovskij institut, Moskau 1995, S. 23.

<sup>2</sup> V.V. Luneev, Rynočnaja ekonomika i prestupnost' , in: Ekonomika i sovremennost', 5/1996, S. 43.

Einnahmequellen zum Erwerb von Primärkapital durch den kriminellen und halbkriminellen Handel.

Angesichts von Straffreiheit und fehlender Kontrolle wurde das große herrenlose staatliche und gesellschaftliche Vermögen von Personen (staatlichen Funktionären, Beamten) geplündert, die es in Besitz hatten, darüber verfügten sowie Lizenzen, Quoten, Kredite usw. vergaben und auf diese Weise Kapital ansammelten. Durch verschiedenartige Manipulationen und Machenschaften wurde das Staatseigentum in Aktien umgewandelt, privatisiert, verpachtet, verkauft, veruntreut.

Dies fand jedoch faktisch keinen Niederschlag in der Kriminalstatistik und der Praxis der Rechtsschutzorgane. Der Höhepunkt der Wirtschaftsverbrechen wurde nur zu Beginn der Perestrojka (1985-1986) vermerkt, d.h. zu einer Zeit, als es staatliche Kontrolle gab. Danach nahm die Zahl der Delikte faktisch zu, ging statistisch aber zurück. Fälle von Unterschlagung oder Veruntreuung staatlichen und gesellschaftlichen Vermögens reduzierten sich nach offiziellen Angaben seit 1986 um 50%, Vermögensschädigungen durch Betrug oder Vertrauensmißbrauch sanken um das 1,5fache, Macht- oder Amtsmißbrauch sowie Bestechungsdelikte verringerten sich um die Hälfte.<sup>3</sup>

Eine gefährliche Verbrechenstendenz der letzten Jahren stellt die Kriminalisierung innerhalb der politischen und herrschenden Elite oder die Kriminalität der respektablen "weißen Kragen" dar. Die Kriminalisierung dieser Führungsschichten in Rußland wie im übrigen auch in anderen Ländern geschieht im verborgenen und bleibt straffrei. "Die Seinen" liefert man selten oder überhaupt nicht aus. Die Generalstaatsanwaltschaft wandte sich sechsmal an die Staatsduma mit der Bitte um Zustimmung, Deputierte strafrechtlich zur Verantwortung ziehen zu können, aber sie erhielt sie kein einziges Mal.

Über die Kriminalität hoher Amtspersonen berichten die Massenmedien in Rußland fast täglich, Strafprozesse werden jedoch praktisch keine eingeleitet. Wegen Korruption und Veruntreuung von Staatseigentum werden nur kleine Beamte strafrechtlich belangt, aber auch diese Meldungen tragen entgegen den Vorschriften des Gesetzes über das Staatsgeheimnis den Vermerk "Geheim".

## **2. Zum Begriff "Schattenwirtschaft"**

In den russischen Wirtschaftswissenschaften werden die Termini kriminelle, Schatten-, inoffizielle und "graue" Wirtschaft uneinheitlich verwendet und häufig als Synonyme verstanden. Zur Begriffsbestimmung gibt es zwei grundlegende Ansätze.

So vertreten Spezialisten des Moskauer Instituts des Innenministeriums der Rußländischen Föderation folgende Meinung: "Das gesamte Spektrum negativer Erscheinungen in der Wirtschaft kann nach derzeitiger Einschätzung in zwei Hauptarten unterteilt werden: die Schatten- und die kriminelle Wirtschaft. Unter der ersten werden Deformationen der

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 44.

Wirtschaftsbeziehungen verstanden, die keinen Niederschlag in der Gesetzgebung finden sowie entsprechend auch nicht als Rechtsverletzungen anerkannt werden und für die keine juristischen Sanktionen vorgesehen sind (z.B. die Etablierung von "Pyramidensystemen" in den ehemaligen sozialistischen Ländern). Der Begriff der kriminellen Wirtschaft umfaßt Handlungen im Wirtschaftsbereich, die unter bestimmte gesetzliche Tatbestände fallen, d.h. wirtschaftliche Ordnungswidrigkeiten und Straftaten. Hierher gehören organisierte Kriminalität, Korruption und Lobbyismus, der für die Verbrecherwelt vorteilhafte Gesetzesvorlagen vorantreiben soll."<sup>4</sup>

Nach der Ende der achtziger Jahre von T. Karjagina<sup>5</sup> vorgeschlagenen Methodik wird "Schattenwirtschaft" hingegen als Oberbegriff verwendet, der drei selbständige Erscheinungsformen umfaßt:

- *inoffizielle Wirtschaft*: legale Formen der Wirtschaft, unter deren Deckmantel es zu einer von der offiziellen Statistik nicht erfaßten Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie zur Verheimlichung dieses Tuns vor den Steuerbehörden kommt;
- *illegale Wirtschaft*: alle gesetzlich verbotenen Formen der Wirtschaft;
- *fiktive Wirtschaft*: eine auf Fälschungen, spekulative Geschäfte, Korruption und diverse andere Arten von Straftaten, die mit dem Erhalt und der Weitergabe von Geldmitteln verbunden sind, gestützte Wirtschaft; hierzu gehört auch die Tätigkeit, die mit Hilfe organisierter korruptierter Verflechtungen unberechtigte Vorteile und Privilegien anstrebt.

Diesem Ansatz zufolge kann die Schattenwirtschaft als spezifische Wirtschaftsform, als Methode des Wirtschaftens betrachtet werden. Bei näherer Prüfung der obengenannten Erscheinungsformen erhält man eine Vorstellung von den wichtigsten Tendenzen der Kriminalisierung der russischen Wirtschaft, den Gründen, die ihre Entwicklung bewirkten, den sozioökonomischen Konsequenzen und den Methoden einer möglichen Bekämpfung dieser negativen Phänomene.

Im Transformationszeitraum ist in allen postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas ein Anwachsen der Schattenwirtschaft zu verzeichnen. Aber selbst bei annähernd gleichem Ausmaß des Phänomens in den verschiedenen Ländern kann sich die Schattenwirtschaft qualitativ wesentlich unterscheiden:

- hinsichtlich ihrer Struktur (Anteil krimineller Tätigkeit; Entwicklungsgrad der fiktiven Wirtschaft; Aktivität des Kleinunternehmertums, das der finanziellen Kontrolle des Staates entzogen, aber für die Sättigung des Markts entscheidend ist);
- hinsichtlich ihres Einflusses auf die Distributionsverhältnisse (Vergrößerung oder Nivellierung von Einkommensunterschieden);

---

<sup>4</sup> A. Nesterov/A. Vakurin, Kriminalizacija ekonomiki i problemy bezopasnosti, in: Voprosy ekonomiki, 1/1995, S. 33.

<sup>5</sup> T. Karjagina, Tenevaja ekonomika v SSSR, in: Voprosy ekonomiki, 3/1990, S. 33.

- hinsichtlich der wichtigsten aus ihr erwachsenen Probleme (Haushaltsdefizit, Entwicklung krimineller Wirtschaftsbeziehungen u.ä.).

Im folgenden soll die in jeder Erscheinungsform der russischen Schattenwirtschaft entstandene Situation detailliert erörtert werden.

### **a) Inoffizielle Wirtschaft**

Die Existenz einer beträchtlichen inoffiziellen Wirtschaft ist für alle in Rußland eine offensichtliche, vielfach bestätigte Tatsache. Nach der offiziellen Statistik beträgt z.B. der Lohnanteil gegenwärtig nur 36% des Gesamteinkommens der Bevölkerung.<sup>6</sup> Gleichzeitig vergrößerte sich das Volumen der den einzelnen zur Verfügung stehenden langlebigen Konsumgüter.

Die inoffizielle Wirtschaft kann in zwei Gruppen eingeteilt werden. Die erste umfaßt den Bereich der Zweitbeschäftigung, die es der Bevölkerung ermöglicht, unter den schwierigen Wirtschaftsbedingungen zu überleben. Viele üben ohne Arbeitsverträge oder offizielle Registrierung an verschiedenen Stellen eine Nebentätigkeit aus. Ein Lehrer kann sich als nächtlicher Taxifahrer erweisen, ein Analytiker oder Buchhalter als Berater für verschiedene Gesellschaften tätig sein und ein erfolgreicher Wissenschaftler oder Ingenieur gutbezahlte Forschungsarbeiten für westliche Firmen durchführen unter Zuhilfenahme von Computernetzen, um mit dem Auftraggeber auf der anderen Seite des Erdballs in Verbindung zu treten. Hierbei entziehen sich alle diese "Zweit"- oder "Zusatz"einkommen der Besteuerung.

Der zweite Bereich der inoffiziellen Wirtschaft bedient sich organisierterer Formen. Häufig handelt es sich um die Gründung kleiner Firmen, die Abteilungen oder Büros ehemaliger Staatsbetriebe nutzen. Ihr Geschäft ist eng mit dem Mutterunternehmen verbunden: Die Leitung erfolgt durch die gleichen Manager, die Finanzrechnung wird jedoch getrennt durchgeführt. Die unter Managern verbreitete Terminologie nennt diese Art von Beziehungen "virtuelles Unternehmen". Manchmal entstehen neue Firmen von sich aus, unabhängig von einem mächtigen Mutterunternehmen. Steuerhinterziehung ist sowohl in den "virtuellen Unternehmen" als auch in den bereits tätigen Unternehmen aller Eigentumsformen allgemeine Praxis.

Nach Angaben des Arbeitszentrums für Wirtschaftsreformen bei der russischen Regierung wickeln insgesamt 1,5% der befragten Leiter von Unternehmen unterschiedlicher Eigentumsformen ihre Geschäfte ordnungsgemäß ab und entrichten alle anfallenden Steuern. Ein Drittel der Respondenten (33,1%) ist der Meinung, bis zu 25% der Geschäfte blieben im dunkeln, etwas weniger (28,9%) äußerten sich dahingehend, daß ca. 50% der Geschäfte der Besteuerung entzogen werden; fast jeder fünfte Befragte ist davon überzeugt, daß zwischen 50 und 100% der Geschäfte nicht besteuert werden. Gleichzeitig wurden 1994 insgesamt

---

<sup>6</sup> Rossija v cifrach, Central'noe statističeskoe upravlenie Rossii, Moskau 1996, S. 44.

2.300 Strafprozesse wegen Steuerstraftaten eingeleitet, verurteilt aber wurden weniger als 200 Personen.<sup>7</sup>

Einige Faktoren stimulieren die Entwicklung der inoffiziellen Wirtschaft entscheidend. Dazu gehören insbesondere:

- die Rigidität der geltenden Steuergesetzgebung, die vor allem die Produktionstätigkeit belastet, während gegenüber persönlichen Einkünften und persönlichem Eigentum nachsichtig verfahren wird;
- die Unmöglichkeit, unter den heutigen Bedingungen vom Lohn zu leben;
- die fehlende Tradition eines konsequenten Umgangs mit dem Gesetz, eine niedrige Steuermoral usw.

Zuverlässige Methoden zur statistischen Analyse des informellen Sektors der Wirtschaft stehen nicht zur Verfügung. Gegenwärtig wird daher auf den von Experten der Weltbank vorgeschlagenen Indikator für das allgemeine Niveau der Wirtschaftsaktivität<sup>8</sup> zurückgegriffen, der jedoch eine Reihe offensichtlicher Mängel aufweist. Nach Meinung der Weltbank-Spezialisten ist ein gravierender Rückgang der Effizienz der Energienutzung in der Wirtschaft nicht denkbar. Verbraucht ein Unternehmen fortgesetzt ungefähr dieselbe Elektroenergiemenge wie zuvor, dann arbeiten seine Werkzeugmaschinen auch, so die Weltbank-Fachleute. (In Wirklichkeit ist dieser Ansatz nicht ganz korrekt: Es gibt eine große Anzahl von Produktionsbereichen, die eine ununterbrochene Arbeit ihrer Anlagen auch dann erfordern, wenn nichts erzeugt wird.)

Auf Rußland übertragen bedeutet die Verwendung des genannten Indikators, daß ein Rückgang des tatsächlichen Bruttoinlandsprodukts um 50% bei gleichzeitiger Reduzierung des Energieverbrauchs um nur 25% nicht möglich ist. Folglich gibt es im Land einen bedeutenden Sektor inoffizieller Wirtschaft.

Die Weltbank-Experten D. Kaufmann und A. Kaliberda benutzten dieses Modell zur Analyse der Übergangswirtschaften und kamen zu dem Ergebnis, daß in den Reformjahren in den postsowjetischen Republiken eine sprunghafte Zunahme der inoffiziellen Wirtschaft stattfand, die durch die hohe Instabilität der makroökonomischen Situation, die inkonsequente Durchführung der Markttransformation und die übermäßige politische Liberalisierung hervorgerufen wurde. Im Regionsdurchschnitt stieg der Anteil der inoffiziellen Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt der ehemaligen Republiken der UdSSR von 12% (1989) auf 36% (1994). In Rußland hingegen ist der Anteil der inoffiziellen Wirtschaft aufgrund der besonders tiefgehenden sozioökonomischen Krise noch höher: Er liegt über 40%.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> E.Ju. Gračeva, *Metody predotvraščeniya nalogovykh pravonarušeniij*, in: *Korruptcija v Rossii: sostojanie i problemy*, MVD RF, Moskovskij institut, Moskau 1996, Bd. 2, S. 3.

<sup>8</sup> P. Dorozijl, *Unofficial economy*, in: *Transition Newsletter*, The World Bank, Januar 1995.

<sup>9</sup> D. Kaufmann/A. Kaliberda, *Integrating the unofficial economy into the dynamics of post-socialist economies: framework of analysis and evidence*, Odessa 1995, S. 17.

### ***b) Illegale Wirtschaft***

Zu den offiziell verbotenen Wirtschaftstätigkeiten gehören die nicht genehmigte Produktion und der Verkauf von Waffen, Munition und Drogen, das illegale Glücksspiel sowie die Zuhälterei. Die sachkundige Schätzung der Höhe der Einnahmen, die mit ihnen erzielt werden, erfolgt unter Berücksichtigung der Zahl der registrierten Straftaten sowie von Latenzkoeffizienten. 1991 wurde der "Wert" solcher strafbaren Handlungen mit 15 Mrd. Rubel angegeben. In den Reformjahren ist eine Zunahme dieser Tätigkeit um ein Vielfaches zu verzeichnen.<sup>10</sup> Besonders stürmisch entwickelt sich der Waffenhandel, der Export "lebender Ware" sowie das Drogengeschäft.

#### Die Drogenhändler verlockt

- die geographische Lage Rußlands und die Durchlässigkeit der Grenzen zu den ehemaligen Unionsrepubliken, wodurch neue und relativ ungefährliche Wege für den Drogentransport eröffnet werden;  
die große Anzahl ausgebildeter Spezialisten im Bereich der Chemie und Pharmakologie im Land, der Entwicklungsgrad dieser Industriebranchen, das verzweigte System modern ausgestatteter wissenschaftlicher Forschungsinstitute und Labors;
- die Unzulänglichkeit der rechtlichen Regelungen in Rußland sowie die unzureichenden Erfahrungen der Rechtsschutzorgane.

Die illegale Wirtschaft entwickelt sich im Unterschied zu anderen Erscheinungsformen der Schattenwirtschaft ausschließlich innerhalb organisierter krimineller Gruppen (OKGs) und Gemeinschaften, von denen es nach Angaben des Innenministeriums der Rußländischen Föderation mehr als 5.500 gibt.<sup>11</sup> Praktisch jede siebte Bande wird bei der Begehung ihrer Straftaten von bestochenen Beamten unterstützt. Die Bildung von OKGs erfolgt nach territorialen und nationalen Merkmalen. So entstanden z.B. in der Region Moskau und im Moskauer Gebiet folgende Organisationen:

- die *OKG von Balaschicha*: spezialisiert auf Autohandel, Raub, Erpressung, Wohnungseinbrüche, Entwendung von Staatseigentum, Drogen- und Waffenhandel;
- die *OKG von Dolgoprudnyj*: Wichtigste Einnahmequelle sind die Flughäfen "Scheremetewo-1" und "Scheremetewo-2" mit ihren Kasinos, Verkaufsstellen und Gaststätten sowie privaten Transportunternehmen; Drogenhandel und Prostitution befinden sich unter der ständigen Kontrolle der "Dolgoprudnyjer", die diese Tätigkeitsbereiche mit den "Solnzewoern" teilen. Die OKG "betreut" auch einen Teil des Kunstgewerbes in Serigijew Possad und in Koptewskije bani. Zu ihrem Einflußbereich gehören ein Teil von Iwantejewka, Puschkino und Kaliningrad. Internationale Beziehungen bestehen mit Deutschland, Österreich (Handelsunternehmen und -firmen in diesen Ländern, die mit dem Geld der "Dolgoprudnyjer" eröffnet wurden) und Hongkong (Handel mit Massenbedarfsgütern und Drogen).

---

<sup>10</sup> S.F. Mazur, *Novye kriminogennye javlenija v kreditno-finansovoj sfere ekonomiki i puti ich preodolenija*, in: *Aktual'nye problemy bor'by s korrupciej*, a.a.O., S. 75.

<sup>11</sup> M. Giblov, *Vzjatka - norma našej žizni*, in: *Argumenty i fakty*, 48/1994, S. 5.

- die *OKG von Podolsk*: Sie begann ihre kriminelle Tätigkeit mit simpler Schutzgelderpressung und "Hütchenspielen". Viele Mitglieder der Gruppierung wurden damals wegen Erpressung verurteilt. Die OKG ist auch heute auf Schutzgelderpressung spezialisiert, zu der Kidnapping, Raubüberfälle und gedungene Morde hinzukamen. Insbesondere reisten bewaffnete Mitglieder der OKG mehrfach in die USA, um bestellte Morde zu begehen.

Im legalen Business kontrolliert die OKG von Podolsk praktisch den gesamten, mit Konsumgüterexport und -import befaßten Großhandel in Moskau und im Moskauer Gebiet sowie die Autoservicestationen an der Warschauer Chaussee in Moskau und in Tschechow. Unter dem Einfluß der "Podolsker" befinden sich die meisten Banken und Erdölunternehmen in den Bezirken von Podolsk, Tschechow und Serpuchowo in der Umgebung von Moskau. Andere Bereiche legaler Geldanlage sind der Immobilien- und dabei insbesondere der Grundstückshandel.

Zu den "territorialen" OKGs Moskaus und des Moskauer Gebiets gehören ebenfalls die kriminellen Gruppierungen von Taganka, Solnzewo und Koptewo.

In der Moskauer Region agieren auch "nationale" Gruppen, von denen die Kasaner (Tatarstan), die armenische, die aserbajdschanische, die tschetschenische, die dagestanische, die grusinische und die inguschische die größten sind. Die tschetschenische Organisation z.B. zählt ca. 3.000 Personen allein im Moskauer Gebiet; aus rund 200 Mitgliedern kann kurzfristig eine gut bewaffnete Kampfseinheit gebildet werden. Seit Ende 1992/Anfang 1993 ist eine "Präzisierung" der Spezialisierung der tschetschenischen OKG festzustellen: Wirtschaftsstraftaten, insbesondere Finanzdelikte. Zweifellos spielten die Ereignisse in der tschetschenischen Republik und im Kaukasus insgesamt, die Vertreter der verschiedenen sozialen Gruppen, Clans usw. zur Suche nach umfangreichen Geldmitteln für Waffen-, Nahrungsmittel- und Medikamentenkäufe zwangen, keine unbedeutende Rolle bei dieser Neuorientierung. Innerhalb der OKGs kommt es zu einer Verflechtung der legalen mit der illegalen Wirtschaftstätigkeit.

Die Kriminalität der tschetschenischen OKG geht tendenziell dahin,

- auf betrügerische Weise bei Geschäftsbanken aufgrund von Scheingeschäften Großkredite zu erlangen, wobei real bestehende und/oder speziell gegründete Firmen benutzt werden mit dem Ziel weiterer Bargeldbeschaffung und fortgesetzter Diebstähle;
- Geschäftsbanken und Firmen, die über Devisenkonten im Ausland verfügen, unter ihre Kontrolle zu bringen, um Zinsen aus den Transaktionen der Banken und Firmen zu erhalten;
- an der Außenwirtschaftstätigkeit Beteiligung zu finden sowie in Geschäfte mit westlichen Partnern zum Verkauf von Erdöl, Erdölprodukten, Holz und anderen Rohstoffen des russischen Territoriums einzusteigen;
- besondere Aktivität in den Handelszweigen der Verteidigungsbetriebe der Rußländischen Föderation sowie beim Verkauf von Militärausrüstung und strategischen Rohstoffen ins Ausland zu entfalten.

Die "Spezialität" der armenischen OKGs im Bereich der Wirtschaft sind Drogen- und Waffenhandel. Die komplizierte gesellschaftliche, politische und ökonomische Lage in Armenien sowie die faktische Versetzung des Landes in einen Kriegszustand bewirkten eine extensive Migration der Bevölkerung und somit auch der kriminellen Elemente. Fast 150.000 Armenier leben zur Zeit illegal in Moskau. Besondere Charakteristika der armenischen OKGs sind die guten Beziehungen ihrer Anführer zu bedeutenden Politikern in Rußland und den Ländern des nahen und fernen Auslands sowie die Möglichkeit, Straftätern "sicheres Geleit" durch die GUS-Länder zu geben und ihnen in Armenien Schutz zu gewähren.

Unter Nutzung ihrer insbesondere in den USA gesammelten langjährigen Erfahrungen mit der Bildung von Lobbys sind die Anführer der armenischen OKGs aktiv an der Finanzierung "geeigneter" und aussichtsreicher russischer Politiker beteiligt mit dem Ziel, sie an die direkten ökonomischen Machthebel zu befördern.

Die Erwirtschaftung riesiger illegaler Gewinne ermöglicht es den organisierten kriminellen Formationen, teilweise einflußreiche Staatsangestellte unterschiedlicher Ebenen, die eine Einmischung der Rechtsschutzorgane auszuschließen in der Lage sind, zu korrumpieren. So wiesen 87% der befragten operativen Mitarbeiter und Leiter der Abteilungen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens auf die engen Beziehungen der OKGs zu den Behörden, insbesondere zu den Organen der Kommunalverwaltung, hin, 64% auf ihre Zusammenarbeit mit den Rechtsschutzorganen und 31% auf ihre Verbindung mit den Verwaltungsorganen auf staatlicher Ebene.<sup>12</sup> Praktisch handelt es sich um die Entstehung mafioser Strukturen. Der Terminus "Mafia" als solcher wird jedoch weder in offiziellen Dokumenten der Rußländischen Föderation noch in der wissenschaftlichen Kriminologie verwendet, sondern kursiert nur in Journalistenkreisen und der Alltagssprache.

### ***c) Fiktive Wirtschaft***

Im Verlauf des Transformationsprozesses haben sich Charakter und Dimension der fiktiven Wirtschaft sowie ihre Funktionsmechanismen grundlegend verändert. Dies ist nicht zufällig, sondern hängt damit zusammen, daß die Bedeutung der Distributionsverhältnisse in der russischen Wirtschaft stark zugenommen hat. Die Mitwirkung an der Verteilung und Umschichtung des nationalen Reichtums und des Staatshaushalts garantiert den Wirtschaftssubjekten erheblich größere ökonomische Vorteile als jegliche produktive Tätigkeit. Daher beginnen die am Wirtschaftsleben Beteiligten, immer mehr Mittel und Anstrengungen auf die Beeinflussung der Verteilungsprozesse zu verwenden, und "investieren" in die Herstellung "besonderer" Beziehungen zu Staatsbeamten, in deren Kompetenz für das Business bedeutsame Entscheidungen fallen. Auf dieser Basis kann die Korruption üppig blühen.

Die fiktive Wirtschaft ist mit der Suche der Wirtschaftssubjekte nach Vorteilen und einer "Rente" (rent-seeking), die sich aus einer Sonderstellung innerhalb der entstehenden Wirtschafts- und informellen Beziehungen ergibt, aufs engste verbunden. Neben der

---

<sup>12</sup> V.I. Popov, *Korruptcija v Rossii: sostojanie i problemy*, in: *Korruptcija v Rossii*, a.a.O., Bd. 1, S. 7.

natürlichen "Rente", die in jeder beliebigen Wirtschaft anfällt, taucht in der Etappe des Übergangs zum Markt eine umfangreiche Gruppe künstlich geschaffener "Renten" auf, die durch folgende Faktoren bedingt sind:

- die Gewährleistung von Sonderregelungen (Privilegien) für die Tätigkeit einer bestimmten Gruppe von Unternehmen;
- ungleiche Voraussetzungen für die Teilnahme am Privatisierungsprozeß;
- unregelmäßige Eigentumsverhältnisse;
- die Beteiligung von Politik und Bürokratie an Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung materieller Güter sowie von Einkommen und Eigentum.

Zu den populärsten, künstlich erzeugten "Renten" gehören diejenigen, die durch

- Quotierung und Lizenzierung von Ex- und Importgeschäften,
- Gewährung von Haushaltsvergünstigungen in Form von Direkttransfers oder Vorzugskrediten für besonders favorisierte Wirtschaftssubjekte sowie
- eine besondere persönliche Stellung innerhalb der staatlichen Verwaltung (so erhält ein Zöllner z.B. eine "Rente" in Form von Gebühren)

entstehen.

Die "Rentensuche" stimuliert die Bildung verschiedener Lobbys in Rußland, die über ein gewisses korruptes Druckpotential verfügen wie z.B. die Erdöl- und die Agrarlobby. Die Finanz- und Handelslobby gewinnt an Stärke, und regionale Lobbys u.a. spielen ihren eigenen Part.

Gleichzeitig erlangt die Verschärfung des Kampfes zwischen den traditionellen Lobbys, die Druck ausüben vermögen, und mafios-kriminellen Zusammenschlüssen eine besondere Bedeutung. Die Zeiten, in denen mafios-kriminelle Organisationen das Kleinunternehmertum und das kriminelle Business kontrollierten und zweigspezifischen Gruppierungen nicht ins Gehege kamen, sind offenbar vorbei.

Im Zuge der Errichtung krimineller Kontrolle über einige hundert kleinere Geschäftsbanken, die kein entscheidendes Gewicht in der Wirtschaft haben und nur die Rolle von Verrechnungskassen für ihre Gründer spielen, wachsen die Interessen der OKGs und müssen im Kampf um die Aufteilung der Einflußsphären in den einträglichsten Wirtschaftssektoren - Export, Import, Bank-, Immobilien-, insbesondere Grundstücks-, Edelmetall- und Edelsteingeschäfte - zwangsläufig in Widerspruch zu den Interessen der zweigspezifischen Gruppierungen geraten. Wurde 1993 auf die Banken Druck ausgeübt, so griffen die Pressionen 1994 und 1995 - unter Ausweitung der kriminellen Kontrolle im Bankenbereich - auf erdöl- und buntmetallfördernde und -verarbeitende Betriebe sowie den Automobilbau über. Die Folge waren eine ständig länger werdende Liste von Opfern sowie der Ausbau der eigenen Schutz- und Sicherheitsdienste durch Großunternehmen und Kreditinstitute. Ein Zusammenschluß krimineller Gruppierungen und korrupter Zweiglobbys ist in nächster Zukunft nicht auszuschließen.

Ein Beispiel für ein solches Zusammengehen und einen möglichen weiteren Verlauf der Ereignisse ist Tschetschenien. Es ist offensichtlich, daß Bedeutung und Umfang der Involvierung russischer Geschäfts- und Verbrecherkreise in die kriminelle Wirtschaft Tschetscheniens unterschätzt wurden. Das halblegale Business, in dem Tschetschenien die Rolle einer Militärbasis und eines potenten Schutzschields zukam, entwickelte sich unter Beteiligung von fünf bis sechs Finanz-Industrie-Gruppen auf der Basis eines ausgeklügelten Systems geschmuggelter Lieferungen von Erdölprodukten und Waffen. Die Finanzierung der genannten Operationen wird von zwei dieser Finanz-Industrie-Gruppen durch Einnahmen aus "Schwarzgeld"- und Devisengeschäften sichergestellt.

Gerade im Rahmen der gesetzlich praktisch nicht geregelten fiktiven Wirtschaft werden in Rußland größte Vermögen akkumuliert. Hauptquellen dieses Reichtums sind Vorzugskredite, verdeckte Exportsubventionen und Importzuschüsse. Diese bereits 1988 im Zusammenhang mit der damals nur teilweisen Deregulierung der Wirtschaft sozialistischen Typs aufgetauchten Arten der Bereicherung nahmen 1991, als die sowjetische Wirtschaft völlig zusammenbrach, ein noch nie dagewesenes Ausmaß an.

Der Wert der subventionierten Kredite für Industrieunternehmen erreichte 1992 30% des Bruttoinlandsprodukts.<sup>13</sup> Während das Jahresinflationsniveau in Rußland 1992 2.500% betrug, wurden diese Kredite zu einem jährlichen Zinssatz von 10 bis 25% gewährt. Hierbei war es das Ziel, die rückläufige landwirtschaftliche und Industrieproduktion zu unterstützen. Die tatsächlichen Gewinner waren jedoch die Bankiers, die beste Verbindungen zu den Führungsspitzen hatten und "auf dem Geld saßen".

Die zweite wichtige Quelle für Bereicherungen ist der Export von Erdöl, Erdgas, Metallen und anderen Rohstoffen. Aus der Differenz zwischen Binnen- und Weltmarktpreisen erzielten Leute mit guten Beziehungen - Führungskräfte in Produktionsgesellschaften, korrupte Beamte - horrend Einnahmen, deren Umfang sich 1992 nach Schätzung von Anders Åslund auf 30% des Bruttoinlandsprodukts belief.<sup>14</sup>

Die dritte große Bereicherungsmöglichkeit bieten Importzuschüsse. Aufgrund der allgemeinen Angst vor einer Hungersnot im Winter 1991 stellte der Staat umfangreiche Subventionen für Importlieferungen im Jahre 1992 bereit. Die Importeure bezahlten nur 1% des damals gültigen Wechselkurses beim Kauf von für den Nahrungsmittelimport bestimmten Devisen bei der Regierung, die diese Zuschüsse ihrerseits mit Hilfe westlicher Warenkredite finanzierte. Die importierten Erzeugnisse wurden jedoch von Rußland aus zu den üblichen Marktpreisen verkauft, womit die Subventionen einer kleinen Zahl Moskauer Geschäftsleute zugute kamen. Die Gesamtsumme der Importzuschüsse betrug 1992 15% des Bruttoinlandsprodukts.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> A. Åslund, Novych russkich obogatili tri osnovnych istočnika, in: Izvestija, 20.6.1996, S. 8.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Ebenda.

Die fiktive Wirtschaft kann nicht außerhalb eines Netzes von Korruptionsbeziehungen existieren, die einer der wichtigsten Hebel im Entstehungsprozeß krimineller Organisationen sind. Dieser Prozeß erfolgt in Etappen.

Auf der ersten Stufe ist die Bestechung von Beamten das Mittel zu ihrer Einbeziehung in die illegale Tätigkeit. In einem zweiten Schritt nutzen die OKGs die Position dieser korrupten Beamten aus, um durch die Gründung unterschiedlicher Handelseinrichtungen bei staatlichen Unternehmen und Organisationen einige dieser staatlichen Strukturen den kriminellen Formationen vollständig oder teilweise zu unterstellen. Im dritten Schritt "pumpen" die OKGs - mit Hilfe der Korruptionsbeziehungen - unter dem "Deckmantel" der Handelsorganisationen staatliches Vermögen in die allgemeinen Handelsstrukturen: Sie erhalten unrechtmäßig Kredite und Subventionen aus dem Staatshaushalt, der reale Wert von Staatseigentum wird im Privatisierungsprozeß gesenkt, und Devisenerlöse aus dem Absatz von Rohstoffressourcen, Energieträgern sowie Bunt- und seltenen Metallen im Ausland werden unterschlagen.

Darüber hinaus zwingen die OKGs Beamte zu Handlungen, die gerichtet sind auf

- die unkontrollierbare Vergabe von Lizenzen, die Personen aus Verwandtschafts-, Clan- und Bekanntschaftsverhältnissen das "Recht" einräumen, nach eigenem Gutdünken über einen bestimmten Teil des staatlichen Vermögens zu verfügen;
- die illegale (völlige oder teilweise) Befreiung bestimmter natürlicher oder juristischer Personen von finanziellen oder anderen materiellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat;
- die Gewährung unbegründeter oder eindeutig illegaler materieller oder anderer Privilegien;
- Lobbyismus bei für bestimmte Kreise nützlichen politischen, legislativen sowie auch ökonomischen Entscheidungen;
- die Erpressung materieller Güter für verschiedene Dienstleistungen bei Entscheidungen über Vergabe von Darlehen, Vermietung von Räumen, Erteilung von Lizenzen, Falschangaben in Finanz- und Kreditdokumenten usw.

Die Korruptionsbeziehung ist so als eine der wichtigsten Formen des Einflusses der organisierten Kriminalität auf Behörden zu betrachten. Aus diesem Grund darf sie keinesfalls nur mit Bestechlichkeit gleichgesetzt werden. Denn im Unterschied zu einem bestechlichen Menschen ist ein korrupter Beamter, der zur Kooperation mit einer OKG bereit ist, bei ihr "angestellt" und erhält nicht nur einmalige Almosen "von dankbaren Klienten", sondern seinen Anteil am Gewinn, den die OKG aus illegalen Geschäften herausschlägt, deren Abschluß selbst unmittelbar aus der Bestechung des Beamten resultiert.

Im heutigen Rußland ist die Zahl der Beamten höher als in der ehemaligen UdSSR. Nach den vorliegenden Schätzwerten, die auch von soziologischen Forschungsergebnissen bestätigt werden, sind mindestens 70% der Beamten bestechlich.<sup>16</sup> Anderen Beurteilungen zufolge

---

<sup>16</sup> M. Giblov, a.a.O., S. 5.

verwendet der Handel 30-50% seines Gewinns für die Sicherung "besonderer" Beziehungen zu Vertretern des Staatsapparats.<sup>17</sup>

Nach Aussage des Leiters der Hauptverwaltung für Wirtschaftskriminalität des Innenministeriums der Rußländischen Föderation, A.S. Dementew, stieg zwar die Zahl der gegen korrupte Personen eingeleiteten Strafverfahren in den letzten Jahren, sie blieb insgesamt jedoch ausgesprochen niedrig (1995: 3.504). 66% der Verfahren wurden gegen Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane eingeleitet, 27,4% gegen Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane. Die überwiegende Mehrheit der aufgedeckten Rechtsverletzungen (78%) sind Verstöße im Amt, ungefähr die Hälfte davon Bestechungsdelikte. Es wurden 1.093 Fälle registriert, in denen Beamte gegen den Präsidentenerlaß Nr. 361 vom 4. April 1992 "Über die Bekämpfung der Korruption im Staatsdienst" verstoßen hatten; 31,7% von ihnen wurden ihrer Ämter enthoben.<sup>18</sup>

Erhebliche Schwierigkeiten im Kampf gegen die Korruption bereitete die auf einem veränderten Beamtenbegriff beruhende Rechtspraxis der Rußländischen Föderation. Parlamentarier sind der Gerichtsbarkeit praktisch entzogen. Aufgrund des besonderen Modus zur Einleitung von Strafverfahren ist es unmöglich, Gerichtsmitarbeiter strafrechtlich zu belangen. Ebenso stößt ein Vorgehen gegen andere Kategorien von Staatsangestellten auf Probleme.

In den letzten beiden Jahren kam es zu wesentlichen Veränderungen in der Rechtsanwendung gegenüber staatlichen Mitarbeitern in Unternehmen und Organisationen: Wegen Bestechung nicht zur Verantwortung gezogen werden Angestellte von Unternehmen mit gemischter Eigentumsform. Es ist leicht vorstellbar, zu welchen Konsequenzen dies führt, wenn man berücksichtigt, daß der Anteil der staatlichen und kommunalen Betriebe an den 2,25 Mio. Unternehmen und Organisationen nicht mehr als 20% beträgt.

Insbesondere gehören zu den Betrieben mit gemischter Eigentumsform auch Großunternehmen, in denen die Zahl der Beschäftigten 70.000 und mehr beträgt. Gerade in diesen Fällen birgt die mangelnde Zugriffsmöglichkeit auf Personen, die wegen Korruption zur Verantwortung gezogen werden könnten, große Risiken in sich.

Ungeachtet der gegenwärtigen Praxis können es Staatsanwälte nicht umgehen, bei gravierenden Rechtsverletzungen Strafverfahren einzuleiten. Dies war z.B. bei einem ehemaligen Generaldirektor einer Aktiengesellschaft der Fall, der zusammen mit anderen Direktionsmitgliedern aus dem föderalen Haushalt für die Entwicklung der Kohleförderung und die Lösung sozialer Probleme der Bergarbeiter der Region bereitgestellte 17,8 Mrd. Rubel nicht zweckentsprechend, sondern u.a. für persönliche Ziele verwendete.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> E.I. Novikov, Obuzdat' monstra korrupcii, in: Rossijskie vesti, 173/1993, S. 6.

<sup>18</sup> A.S. Dement'ev, Sostojanie i problemy organizacii bor'by s korrupciej, in: Korruptcija v Rossii, a.a.O., Bd. 1, S. 25.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 29-31.

Zu denen, die sich heute der Verantwortung für eindeutig antigesellschaftliches Verhalten entziehen, zählen leitende Angestellte von Banken mit bedeutendem Vermögensanteil des Staates. Dort sind Überweisungen großer Summen aufgrund gefälschter Zahlungsdokumente, die Annahme von Bestechungsgeldern für die Vergabe offensichtlich nicht rückzahlbarer Kredite, die Gewährung ungerechtfertigter Vergünstigungen an Darlehensnehmer, die Verlängerung der Laufzeit von Krediten u.a. an der Tagesordnung.

In zahlreichen Fällen kommt es zu einer zweckfremden Verwendung föderaler Kredite und Subventionen, insbesondere für eigennützige Zwecke, einer Verschleierung von Umlaufmitteln in den Geschäftsbanken, unbegründeten Verzögerungen von Lohnzahlungen, Überweisungen von Geld und Vermögensübertragungen zu einem herabgesetzten Wert an Scheinfirmen, der Annahme von Bestechungsgeldern für die Vermietung von Räumen, die Übertragung von Rechten zum Rohstoffexport u.ä. von Seiten der Leiter privatisierter Unternehmen, darunter früher in staatlichem Eigentum befindlicher großer Aktiengesellschaften mit Zehntausenden von Arbeitern.

### **3. Gründe für die Existenz der kriminellen Wirtschaft**

Das zentralisierte Lenkungssystem Rußlands brachte den umfangreichen Sektor der Schattenwirtschaft und des Schattenkapitals hervor, die sowohl die unteren Etagen der Befehlswirtschaft als auch Schlüsselpositionen in der Hierarchie der Wirtschaftsmacht erfaßten. Zum Wirkungsbereich des Schattenmarkts gehörten nicht nur materielle Ressourcen, Fonds und Kontingente, sondern auch Dienst-, Verfügungs- und Kontrollrechte sowie Beamtenposten auf verschiedensten Ebenen. Der administrative, bürokratische Markt war ein unabdingbarer Bestandteil des zentralisierten Lenkungssystems und bestimmte dessen Schicksal in vielem.

Gleichzeitig wäre es falsch zu behaupten, der stürmische Anstieg der Wirtschaftskriminalität beim Übergang Rußlands zum Markt sei die Folge einer genetischen Disposition des Wirtschaftssystems der ehemaligen UdSSR zu kriminellem Wirtschaftsverhalten und folglich durch das "Muttermal des Sozialismus" vorherbestimmt. Es darf nicht übersehen werden, daß sich die mit der Entstehung der Marktbeziehungen verbundenen Veränderungen im Land auf den Zustand der Kriminalität auswirkten und deren Zunahme - vor allem im Bereich der Wirtschaft - auslösten. Neue Arten von Rechtsverletzungen waren zu verzeichnen: Scheinbankrott, Entwendung von Geldmitteln im Bankenbereich, Steuerhinterziehung, Kapitalwäsche unter Nutzung ausländischer Bank- und Kreditinstitute, Verstöße gegen die Devisengesetzgebung usw.

Die Verbrechenswelle überflutete das Land Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre, als

- frühere Kontrollorgane aufgelöst wurden;
- Plünderungen des herrenlosen staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums einsetzten;
- die Union mit ihrem gesamten Kontrollsystem auseinanderbrach;

- pseudodemokratische Demagogie für Demokratie gehalten wurde (das Recht steht über dem Gesetz, persönliche Interessen rangieren vor gesellschaftlichen, Gericht und Staatsanwaltschaft dürfen Kriminalität nicht bekämpfen usw.);
- Rechtsnihilismus und Ochlokratie herrschten;
- qualifizierte Personen Rechtsschutzorgane und Gerichte, die zentralen Zielscheiben berechtigter und unberechtigter Kritik, zu verlassen begannen;
- anstelle qualifizierter Führungskräfte der neuen Obrigkeit ergebene Dilettanten ernannt wurden.

Wissenschaftler und Praktiker, die das Phänomen des zu beobachtenden stürmischen Anstiegs der Wirtschaftskriminalität zu erklären versuchen, kommen zu dem Schluß, daß dieses auf den Einfluß einer ganzen Reihe von Faktoren zurückzuführen ist. So sind u.a. zu nennen:

- der lawinenartige Charakter der ökonomischen Umgestaltungen in Rußland, wo die alten normativen Ordnungen dem Druck der Veränderungen nicht standhalten und aus den Fugen zu geraten beginnen;
- die langsame und äußerst inkonsequente Entwicklung des neuen Marktsystems;
- die Situation im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, in der kriminelles Verhalten der Wirtschaftssubjekte zur Voraussetzung für ihre Existenz und ihr Funktionieren in der Gesellschaft wird;
- der desolate Zustand der russischen Gesetzgebung, der es in vielen Fällen unmöglich macht zu bestimmen, wo dieser oder jener Wirtschaftsprozeß noch auf legaler, wo bereits auf illegaler und wo auf "halblegaler" oder "inoffizieller" Basis verläuft (bei der Verabschiedung von Gesetzen, die für die Herstellung von Ordnung in der Wirtschaft erforderlich sind, kommt es zur Bildung mächtiger Lobbys seitens der Interessengruppen; so wurde das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption bereits dreimal nach seiner Verabschiedung vom Parlament unter Umgehung übergeordneter Instanzen zur Überarbeitung weitergeleitet);
- die bewußte Zerstörung der früheren totalen Kontrolle, ohne daß neue Formen sozialer Verbrechenskontrolle nach demokratischem Verständnis geschaffen worden wären.

Eine wichtige Rolle für die Entwicklungstendenzen der Schattenwirtschaft spielte die von der Führung des Landes gewählte Reformstrategie, die von Anfang an nicht die strukturelle Umgestaltung, nicht die Etablierung einer elementaren Ordnung in der Wirtschaft zum Ziel hatte, sondern die Beseitigung gewisser administrativer Beschränkungen und Hindernisse, die nach Meinung der Reformideologen die Wirtschaftsaktivität der Werktätigen, der potentiellen Eigentümer, hemmten.

Durch die Liberalisierung der Preise, der Außenwirtschaftstätigkeit, der Devisenmärkte sowie des Immobiliengeschäfts kam es zu einer Legalisierung des Schattenkapitals, das gegenwärtig von potenten Lobbys zusammengehalten wird. Ein anderer Teil des Schattenkapitals wird durch die Abwanderung seiner Rieseneinnahmen (Drogengeschäft, Waffenhandel usw.) ins kriminelle Business endgültig kriminalisiert.

In den Massenmedien wurde die Idee propagiert, daß es für den Reformverlauf notwendig sei, auf erfolgreiche Geschäftsleute zu setzen, die den Weg der ursprünglichen Akkumulation schnell zu durchlaufen wüßten. Aufgrund fehlender Voraussetzungen dafür (Möglichkeiten zum Erwerb von Vorzugskrediten für risikoreiches Unternehmertum, Wettbewerb auf dem Kapitalmarkt, ein normales Wirtschaftsklima, notwendige legislative Sicherung, Rechtsschutz für Unternehmer, Aufrechterhaltung eines Mindestmaßes an persönlicher Sicherheit der Unternehmer) konnte diese Idee jedoch nicht in die Praxis umgesetzt werden. Es entstand die Schicht der Millionäre und Milliardäre, deren Riesengewinne nur selten aus der Produktion stammten. Hauptquelle war die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die "Arbeit" mit dem Budget und die Ausnutzung künstlich geschaffener Privilegien. Unter solchen Bedingungen konnten sich das ehrliche Business und das Unternehmertum faktisch nicht entwickeln. Der Monopolismus als Basis der kriminellen Wirtschaft nahm im Vergleich zur Vorreformperiode keineswegs ab, sondern verschärfte sich sogar in erheblichem Maße.

Bei der Analyse der Gründe für die äußerst negative Dynamik der Wirtschaftskriminalität im Land wird ein Spezifikum der entstehenden Distributionsverhältnisse, das bei breiten Schichten der Bevölkerung das Interesse an der Entwicklung der Schattenwirtschaft erst weckte, ungerechtfertigt vernachlässigt: die Mittel der Wirtschaftskriminalität,

Rußland ist ein Land ungeheurer materieller Möglichkeiten, in dem heute, wie eine westliche Zeitschrift treffend bemerkte, der "größte Ausverkauf der Geschichte" stattfindet. Die Aufteilung des riesigen Kuchens führt zu zahlreichen Konflikten zwischen den einzelnen sozialen Schichten und Institutionen und drängt sie förmlich zu widerrechtlichem Handeln. Auf offizieller Ebene wird der reale Verteilungsumfang des nationalen Reichtums vertuscht, und Kennziffern des Privatisierungsprozesses werden im Interesse einzelner sozialer Schichten und Behörden bewußt verzerrt.

Der Privatisierungsprozeß wird von offizieller Seite häufig auf die Privatisierung der Produktionsmittel reduziert. Er ist jedoch viel umfassender. Aber selbst bei dieser, am ehesten zu "kalkulierenden" Kategorie gibt es immense Unterschiede in der Bewertung des zu privatisierenden Eigentums. Nach offiziellen statistischen Angaben betrug das wirtschaftliche Erbe des sozialistischen Rußland Ende 1992 in laufenden Preisen mehr als 3 Bill. Rubel des Volkseigentums.<sup>20</sup> Diese Schätzung berücksichtigt jedoch nicht den Wert von Boden, Wäldern, Bodenschätzen, des materiellen Bestands der Streitkräfte usw. Allein letztere Komponente kann den Schätzwert um 20-30% erhöhen, der Wert der Bodenschätze hingegen wird mit ungefähr 30 Bill. US-Dollar beziffert (selbst zum offiziellen Dollarkurs Ende 1991 sind dies ca. 20 Bill. Rubel<sup>21</sup>). Schließlich blieb der Wert der Gewässer und Wälder unberücksichtigt, der eine variable Größe darstellt, aber zweifellos einen quantitativen, unweigerlich wachsenden Handelswert besitzt.

---

<sup>20</sup> Rossijskaja Federacija v cifrach v 1993 godu, Kratkij sbornik, Respublikanskij informacionno-izdatel'skij centr, Moskau 1994, S. 15.

<sup>21</sup> A. Polivanov, Čto my privatiziruem, in: Kommersant, 46/1994, S. 5.

Bei der Privatisierung des Eigentums konnte nur eine dem nationalen Reichtum entsprechende Kompensation der gesamten Bevölkerung diesen Prozeß legitimieren. Dies war auch im Gesetz "Über die Namensprivatisierungskonten und -einlagen in der RSFSR" vorgesehen, das mit der Bewertung des Umfangs des unentgeltlich zu privatisierenden staatlichen (kommunalen) Vermögensanteils im jährlich verabschiedeten Privatisierungsprogramm in Einklang gebracht werden sollte. Aber mit keinem der Privatisierungsprogramme wurde diese Forderung erfüllt. Und bei der Verkündung des Programms der Scheckprivatisierung wurde diese Frage überhaupt nicht berührt. Das Staatliche Vermögenskomitee (GKI) ignorierte einfach das Schlüsselmoment des Privatisierungsprozesses: die Begründung der beabsichtigten Höhe der Eigentumsumverteilung.

Die statistische Berichterstattung setzte die Tradition einer Verschleierung der Realität fort. Das GKI offerierte von Anfang an eine originelle Zweigeinteilung, in der das Transportwesen nur durch den Kraftfahrzeugteil vertreten wird, wobei diesem manchmal Autoreparaturbetriebe zugerechnet werden. Die Industrie fehlt in der Regel insgesamt, und der Handel ist durch zwei getrennte Formen - Groß- und Einzelhandel - repräsentiert. Eine solche Gruppierung erschwert den Vergleich mit veröffentlichten offiziellen Materialien und ist ökonomisch nicht gerechtfertigt.

Die Statistik von GKI und Goskomstat (Staatliches Komitee für Statistik) weist nicht aus, wem das zu privatisierende Vermögen in welcher Größenordnung zufällt. Aufgrund fehlender genauer Informationen ist es unmöglich, den Umfang des an der Eigentumsumverteilung mitwirkenden sekundären Markts einzuschätzen. So sollen 13% der russischen Voucher in die Hände einer einzigen amerikanischen Consultingfirma gelangt sein.<sup>22</sup> Es gibt Beispiele für den Übergang der absoluten Kontrolle ganzer Zweige auf - manchmal ausländische - Handelsfirmen (z.B. die Produktion polygraphischer Farben).

Die Privatisierung in Rußland führte zu einer völligen Verzerrung des wahren Bilds der Eigentumsrechte. Die Grenzen des staatlichen und des privaten Sektors der Wirtschaft sind sehr verwaschen. Im Privatisierungsverlauf kommt es einerseits zu einer Legalisierung der früheren Eigentumsverteilung, andererseits wird die Basis für die darauffolgende sekundäre Umverteilung vorbereitet.

Die Wege zum Aufbau der Privatwirtschaft sind höchst unterschiedlich: Sie reichen von simpler Entwendung staatlichen Eigentums bis zu legalen und halblegalen Transaktionen.

Zügig und auf "halboffizieller" Grundlage ging die Privatisierung der wirtschaftlichen Infrastruktur des Landes vor sich. Dieser vor den Augen der Öffentlichkeit verborgene Prozeß hatte die Privatisierung der Leitung der Industrie sowie des Banken- und Verteilungssystems zum Ziel. Von 1988 bis 1993 wurden anstelle von Ministerien Konzerne gegründet, anstelle von Staatsbanken private Geschäftsbanken, anstelle der staatlichen Materialversorgung (Gossnab) und der Handelsbetriebe Börsen, Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures) und

---

<sup>22</sup> R.W. Stevenson, An American in Moscow, in: Business Week, international edition, 4.12.1995, S. 54.

große Handelshäuser. Faktisch fand die Privatisierung der wirtschaftlichen Macht statt - ohne jegliche Kontrolle seitens der Gesellschaft und ohne eine rechtliche Basis.

Erhebliche Zuschüsse aus dem Staatshaushalt wurden aktiv "privatisiert". Die "Arbeit" mit dem Budget und der Zentrobank der Rußländischen Föderation ist der wichtigste Tätigkeitsbereich jeglichen einigermaßen "seriösen" Handels, was die Ursache des explosionsartigen Anstiegs der Korruption im Land ist. Von Unternehmen für Lohnzahlungen und andere Zwecke bezogene Vorzugskredite wurden "privatisiert": Die an eine Unternehmensleitung geflossenen Gelder wurden zum Marktzinssatz bei einer Geschäftsbank angelegt, die zu dem Betrieb in einer "besonderen" Beziehung stand. Den nach einer gewissen Zeit anfallenden Mehrbetrag teilten dann Bank- und Unternehmensleitung untereinander auf.

Eine eigenartige Form der Privatisierung von Haushaltsmitteln wurde die Gewährung illegaler Steuervorteile an favorisierte Handelsteilnehmer, die häufig unter durchaus renommierten Bezeichnungen tätig waren. Das Volumen derartiger Vergünstigungen übertraf zwischen 1993 und der ersten Jahreshälfte 1994 den Umfang der erwarteten Einnahmen aus der Geldprivatisierung.<sup>23</sup> In einer Reihe von Untersuchungen wird hervorgehoben, die Privatisierung der Umlaufmittel sei insgesamt viel schneller verlaufen als die Privatisierung der Anlagefonds. Bereits Ende 1993 seien auf das staatliche und kommunale Eigentum weniger als 30% der Umlaufmittel entfallen.<sup>24</sup> Diese von der offiziellen Statistik verschwiegene Tatsache könnte hinsichtlich des Problems der Nichtzahlungen, die die Wirtschaft des Landes ersticken, manche Erklärungen liefern.

Zahlreiche Investitions- und Privatisierungsfonds, deren Tätigkeit zu Beginn keinerlei Kontrolle unterlag, privatisierten umfangreiche persönliche Geldmittel der Bevölkerung und die meisten Voucher, deren Schicksal nicht weiter verfolgt werden kann.

Die Liste der "informellen" Wege der russischen Privatisierung könnte weiter fortgesetzt werden, aber wichtig ist nicht die Auflistung, sondern die Konsequenzen daraus sind entscheidend. Dreh- und Angelpunkt ist hierbei der Aufbau einer bei weitem nicht aufgrund ökonomischer oder sozialer Effizienzkriterien geschaffenen neuen Wirtschaftsstruktur der Gesellschaft. Bei ihrer Entwicklung spielten informelle Korruptionsbeziehungen zwischen Vertretern des Staatsapparats und des Handels eine gewichtige Rolle. Der "bevollmächtigte" Handel erhielt unmittelbar von Beamten die Erlaubnis, sich höchst gewinnträchtigen Tätigkeiten zu widmen, d.h. ihm wurde das Privileg zuteil, reich zu sein.

Der Handel revanchierte sich dafür bei den Staatsbeamten mit Bestechungsleistungen neuen Typs, die praktisch nicht aufzudecken sind: Beteiligungsangebote an der Leitung privatisierter Betriebe, Eröffnung von Auslandskonten usw. Es entstand und gestaltete sich ein organisatorisch informelles Beziehungsgeflecht aus erfolgreichen Unternehmern, Beamtentum und Finanzinstitutionen, die die einen wie die anderen bedienen.

---

<sup>23</sup> Dž. Ross, Cena šokovoj terapii, in: Nezavisimaja gazeta, 10.11.1994, S. 4.

<sup>24</sup> A.L. Kuzenkov, Privatizacija i pereraspredelenie nacional'nogo bogatstva, in: Problemy prognozirovanija, 4/1994, S. 69.

Auf dieser Basis formierte sich eine Finanz-Industrie-Oligarchie aus der schmalen sozialen Schicht der russischen Wirtschaftselite. Man könnte sogar behaupten, daß die fiktive Wirtschaft, vor allem die Ausnutzung von Privilegien seitens diverser Wirtschaftssubjekte, die entscheidende Rolle bei der Herausbildung der neuen Sozialstruktur der Gesellschaft spielt.

Unternehmer, die sich dem Wirtschaftsolymp nicht anzunähern vermochten, sehen angesichts der "oben" stattfindenden Umverteilungsprozesse kein großes Verbrechen in eigenen Verstößen gegen die Gesetzgebung. Ihrer Meinung nach ist es gegenwärtig überhaupt nicht möglich, illegales wirtschaftliches Handeln von legalem abzugrenzen. Für die meisten Wirtschaftsoperationen sei ein mehr oder weniger großes Maß an Illegalität charakteristisch.

Der überwiegende, an die Überlebensgrenze gelangte Teil der Bevölkerung ist gezwungen, sich der Realität durch aktive Beteiligung an schattenwirtschaftlichen Prozessen anzupassen. Die durchschnittliche Preissteigerung für Lebensmittel, Waren und Dienstleistungen, aus denen sich der Warenkorb für das Existenzminimum zusammensetzt, nahm Anfang 1996 im Vergleich zur Stagnationsperiode um das 12.500fache zu. Dies bedeutet, daß zum Erwerb eines solchen Warenkorbs in den achtziger Jahren insgesamt nur 27,5 Rubel erforderlich waren. Mit dem Mindesteinkommen jener Jahre hätte man drei heutige Existenzminima abdecken können. 37 Mio. Rentner, 8,2 Mio. Arbeitslose und 25 Mio. in der Volkswirtschaft Beschäftigte verfügen derzeit offiziell nicht über ein solches Minimum. Mit Wirkung ab Januar 1996 wurden die Mindestlöhne und die Renten auf 63.250 Rubel angehoben. Dies ist weniger als ein Fünftel des heutigen Existenzminimums oder entspricht 5,5 Rubel in der Stagnationsperiode. Folglich haben natürlich alle diejenigen, die ein solches Existenzminimum nicht erreichen, aber arbeiten können, Nebenverdienste - größtenteils in der Schattenwirtschaft.

Inoffizielle Einkommen erzielen auch breite Schichten der materiell durchschnittlich gesicherten Bürgerinnen und Bürger, wodurch - wie oben bereits festgestellt - der Lohnanteil am Gesamteinkommen der Bevölkerung auf ein katastrophal niedriges Niveau sank. Der Anreiz, hauptsächlich an einem einzigen Arbeitsplatz beschäftigt zu sein, hat sich stark abgeschwächt. Bei wesentlich größeren Bevölkerungsschichten, als es auf den ersten Blick scheinen mag, entwickelt sich ein Interesse an der Beibehaltung der rechtlichen Schrankenlosigkeit im Wirtschaftsbereich, der Zunahme der Schattenwirtschaft und der Beteiligung an ihr. Denn gerade in der Schattenwirtschaft werden heute sowohl die Probleme der Bereicherung, der ursprünglichen Kapitalakkumulation, als auch die Aufgabe eines physischen Überlebens des überwiegenden Teils der Bevölkerung gelöst. Folgen hiervon sind ein beispielloser Anstieg der Wirtschaftskriminalität, die Erweiterung der Verbrechensskala und die Erschwerung der Verbrechensbekämpfung.

Die nicht einfache Frage, ob der Prozeß der intensiven Kriminalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen in Rußland mit der Entstehung der Marktwirtschaft zusammenhängt, kann sowohl mit Ja als auch mit Nein beantwortet werden. Eine Verbindung zwischen ihnen besteht in dem Maße, wie ökonomische und politische Freiheit die Straftatbegehung erleichtert, wobei diese universelle Voraussetzung für verschiedene Länder

und nicht nur für Rußland gilt. Folglich ist Kriminalität der Preis unserer Freiheit. Keine Verbindung besteht in dem Maße, wie die Marktwirtschaft einen unbegründeten Zusammenbruch der sozialen Kontrolle widerrechtlichen Verhaltens nicht vorherbestimmt. Diese Zerstörung in der UdSSR und in Rußland war nicht durch die Marktwirtschaft bedingt. Sie war in erheblichem Maße durch die Lähmung der neuen Machthaber sowie ihre eigennützigen und anderen persönlichen Interessen bestimmt.

Marktwirtschaft erfordert Disziplin und Ordnung. Die an die Macht gekommenen Reformer aber glaubten - aufrichtig oder nicht -, der Markt selbst werde alles richten. Ja, er hat große Möglichkeiten der Selbstregulierung, nur nicht jedoch in der Verbrechenskontrolle. Wäre dies anders, gäbe es in den historischen Marktwirtschaften schon längst keine Kriminalität mehr - tatsächlich ist sie dort aber am höchsten.

Die ökonomische Basis des organisierten Verbrechens bildet der "Schatten"geldumlauf. Er ist der Nährboden für die Entwicklung von Korruption sowie der organisierten Kriminalität und bringt den "Schmarotzern" in der Marktwirtschaft hohe Dividenden ein. Nach Schätzungen der Hauptverwaltung für Wirtschaftskriminalität des russischen Innenministeriums akkumulierten und kontrollieren die Verbrechergruppen Kapital im Wert von 60 bis 70 Bill. Rubel.<sup>25</sup> Es setzt sich wie folgt zusammen:

- ca. 4 Bill. Rubel, die in den Jahren 1992-1993 unter Ausnutzung des verwundbaren und wenig geschützten Verrechnungsverkehrs zwischen den Banken in Umlauf gebracht und entwendet wurden;
- aufgrund von Scheingeschäften veruntreute Bankressourcen (vom Umfang dieses Phänomens zeugen indirekt die Kreditverbindlichkeiten: 1994 - 3,6 Bill. Rubel, 1995 - 26 Bill. Rubel, 1996 - 44 Bill. Rubel, jeweils zum Jahresanfang)<sup>26</sup>; Mittel, die von verschiedenen Finanz- und Trustgesellschaften unterschlagen wurden, in Höhe von nicht weniger als 20 Bill. Rubel. Der Höhepunkt ihrer Tätigkeit fiel hierbei in die Jahre 1993 und 1994, als zwischen 3 und 10 Mio. Einwohner Rußlands von ihnen betrogen wurden;
- unzureichende Devisenrückgabe und unzureichender Devisenerwerb seitens der russischen Exporteure (nach Schätzungen des russischen Innenministeriums belief sich letzterer Posten allein schon 1995 auf 5,2 Mrd. US-Dollar);
- zweckentfremdete Nutzung staatlicher Kredite, die denjenigen Milliarden Gewinne bringen, die für die "Kreditvergabe" zuständig sind;
- Falschmünzerei (1993 wurden 9 Mrd. Rubel, 1994 7,5 Mrd. Rubel und 1995 1,9 Mrd. Rubel in falschen Geldscheinen aus dem Verkehr gezogen<sup>27</sup>).

---

<sup>25</sup> K.L. Šalenkov, Ob ograničenii finansovoj osnovy korrupcii v bankovskoj sisteme strany, in: Korrupcija v Rossii, a.a.O., Bd. 1., S. 35.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 35 f.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 36.

#### 4. Entstehungsbereiche des kriminellen Kapitals

In den letzten Jahren war eine besonders hohe Zahl von Rechtsverletzungen im Geld- und Kreditbereich zu verzeichnen. Auf die Gestaltung des Finanz- und Kreditystems übte das gewählte Reformmodell beträchtlichen Einfluß aus. Es erschloß Wege für eine Legalisierung des bürokratischen Markts, d.h. von Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen der wirtschaftlichen Vertikale aufgrund gegenseitiger Zugeständnisse, ohne aber die Erfüllung von Verpflichtungen zu garantieren. Gleichzeitig veränderte die Zunahme der Wirtschaftskriminalität die Zielrichtung der wirtschaftlichen Umgestaltungen wesentlich.

Ein außerordentlich fruchtbarer Boden für die Kriminalisierung der Wirtschaft war der Bargeldcharakter des Geldumlaufs in Rußland. So wuchs die Bargeldmenge im Jahre 1993 schneller als das Geldvolumen insgesamt. Der Bargeldumfang erhöhte sich um das 7,9fache, während die Geldmenge nur um das 5,1fache zunahm.<sup>28</sup>

Zum Jahresbeginn 1996 bestand die russische Geldmenge aus baren Dollar und DM im Wert von 100 Bill. Rubel, dem Geldaggregat M2 in Höhe von 200 Bill. Rubel, Wechseln und anderen Geldsurrogaten im Wert von 100 Bill. Rubel sowie Nichtzahlungen in Höhe von 200 Bill. Rubel.<sup>29</sup> Nach dem Urteil von Experten beträgt der illegale Bargeldumlauf allein in Moskau ca. 60 Bill. Rubel jährlich, wobei sich Einzelwerte auf 25 Mrd. Rubel täglich belaufen können.<sup>30</sup> Mehr als die Hälfte des ungesetzlichen Bargeldumlaufs entfällt auf 6-7 spezialisierte Gruppierungen, von denen jede drei Ebenen aufweist: 1 Geschäftsbank, 10-12 Firmen, deren "Lebensdauer" nicht mehr als drei Monate beträgt, und 1-2 Firmen, die im Eilverfahren neue Gesellschaften registrieren lassen. Die von der Steuerpolizei verhängten Geldstrafen sind im Vergleich zu den Einkommen des kriminellen Business in diesem Sektor, in dem der typische Umfang eines Einzelgeschäfts schon 1-2 Mrd. Rubel beträgt, geradezu lächerlich niedrig.

Berücksichtigt man, daß eine Zunahme des Anteils der Bargeldmittel immer ihre Einbeziehung in den Produktionsumschlag bedeutet, besonders in einer Zeit verschärfter Finanzpolitik, so zeugt dies von den reduzierten Möglichkeiten des Staates, die realen Wirtschaftsprozesse zu beeinflussen.<sup>31</sup> Die Schwächung der staatlichen Kontrolle aber geht in den meisten Fällen mit einer Verschärfung der kriminellen Kontrolle einher. Dies zeigt sich

---

<sup>28</sup> A. Nesterov/A. Vakurin, a.a.O., S. 35.

<sup>29</sup> A.V. Vakurin, Finansovo-ekonomičeskie faktory korrupcii, in: Korruptija v Rossii, a.a.O., Bd. 1., S. 48.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Bei der Bewertung des Umfangs der für laufende Operationen herangezogenen Barmittel ist zu berücksichtigen, daß nach Angaben der Rußländischen Zentralbank zum 1.1.1994 13,3 Bill. Rubel auf dem russischen Territorium in Umlauf waren. Goskomstat meldete, zu diesem Zeitpunkt hätten sich (ohne Berücksichtigung der Mittel in den Handelsorganisationen) insgesamt 7,8 Bill. Rubel in den Händen der Bevölkerung befunden. Der Unterschied von 5,5 Bill. Rubel oder 41% des gesamten Bargelds stellt die Umlaufmittel der juristischen Personen dar und macht fast 2/3 der auf den Verrechnungskonten der Betriebe und Organisationen befindlichen Gelder (8,5 Bill. Rubel) aus. Das heißt, die Verwendung von Bargeld als Umlaufmittel, die staatliche Kontrollen der durchgeführten Operationen praktisch ausschließt, ist für fast 40% der gesamten Wirtschaftstätigkeit charakteristisch (im Vergleich zu 1992 ein Wachstum um das Doppelte).

darin, daß im Umkreis mächtiger staatlicher Unternehmen oder großer Aktienunternehmen mit hohem Kapitalanteil des Staates, die über ein Exportpotential verfügen, zahlreiche Vermittlungsgesellschaften auftauchen. Ziel der Vermittler ist die Beteiligung an illegalen Privatisierungsgeschäften oder Kapitalexport.

Die Unternehmen reagieren auf die verschärfte Geldpolitik der Regierung mit einer Erhöhung der Nichtzahlungen. Gerade in einer Zeit offizieller Senkung des Inflationstempos kommt es zur gravierenden Zunahme der Nichtzahlungen. Der gestiegene Forderungsbestand ist ein eindeutiges Merkmal für die Existenz von Schattenprovisionen und bildet die Basis für umfangreiche Korruption. Was die Verbindlichkeiten anbelangt, so sind sie nach Angaben der Regierungskommission für Nichtzahlungen nicht deshalb entstanden, weil den Käufern Geldmittel fehlen, sondern weil sie zum einen Warenkredite von Lieferanten nutzen und zum anderen die Außenwirtschaftstätigkeit auf die Realisierung der Interessen ausländischer Firmen ausgerichtet ist.

Eine in dieser Hinsicht besonders alarmierende und charakteristische Situation ist im Brennstoff-Energie-Komplex und vor allem in den erdölverarbeitenden Unternehmen entstanden. Nach Angaben der föderalen Verwaltung für Insolvenzfälle (Konkurse) überstiegen die Schulden der zahlungsunfähigen Großunternehmen ihr gesamtes Kapital um fast das 15fache. Nur ein Viertel der aufgrund von Überschuldung erhaltenen Fördermittel wird für die Produktion verwendet. Ungefähr ein Fünftel liegt auf (Devisen-)Konten.

Große Probleme rief während der inflationären Entwicklung der (häufig nicht lizenzierte) Handel hervor, der mit der Mobilisierung von Mitteln natürlicher und juristischer Personen verbunden war. Dies geschah unter dem Vorwand ihrer vorteilhaften Verwendung, der Investition in verschiedene Projekte sowie der Ausgabe von Aktien, Obligationen und anderen Wertpapieren, wobei die Auszahlung unrealistischer Dividenden versprochen wurde. Viele Fälle endeten mit der Veruntreuung der gesammelten Gelder.

Nach Schätzung von Fachleuten schädigte die "LLD-Bank" ihre Anleger um 30 Mrd. Rubel; die Banken "Gornyj Altaj" und "Tschara" verursachten entsprechende Schäden in Höhe von 60 bzw. 130 Mrd. Rubel. Dem Konzern "Tibet" und der Firma "Ronika" sind Verluste von 485 bzw. 60 Mrd. Rubel anzukreiden, und noch erheblichere Verluste sind mit der Tätigkeit der Aktiengesellschaften "Wlastelina" und "MMM"<sup>32</sup> verbunden.

Heute setzen 455 Handelsunternehmen außerhalb des Bankenbereichs die Mobilisierung von Mitteln fort, ohne entsprechende Lizenzen zu besitzen. Bei den Rechtsschutzorganen liegen gegenwärtig mehr als 3 Mio. Eingaben wegen nicht erfolgter Rückerstattung von Geldern durch Handelsunternehmen vor, wobei die erklärte Gesamtschadenssumme 20 Bill. Rubel übersteigt.<sup>33</sup> Infolge der geringen Arbeitseffizienz staatlicher Stellen hinsichtlich der Betreibung von Zahlungen auf Schulden (es wurden nur 130 Strafverfahren eingeleitet, die

---

<sup>32</sup> A.V. Nesterov, 'Organizovannaja prestupnost' v investicionnoj sfere, in: *Korruptcija v Rossii*, a.a.O., Bd. 2, S. 12.

<sup>33</sup> Ebenda.

meisten Schuldner sind "auf der Flucht") erhalten die Betrogenen nicht mehr als 1% ihres gestohlenen Geldes zurück.

Starken Aufwind erhielten Straftaten im Bereich des Bank- und Kreditwesens, wobei sowohl gegen Bankinstitute gerichtete Straftaten als auch von den Banken selbst begangene Rechtsverletzungen zunahmen. In die erste Gruppe gehört vorwiegend der Kreditbetrug. War früher die Verwendung gefälschter Zahlungsdokumente die verbreitetste Art von Kreditbetrug, so werden heute gefälschte Bankgarantien und verschiedene Formen von Scheinunternehmertum eingesetzt sowie Kredite in breitem Umfang nicht getilgt. Die Zahl der aufgedeckten Entwendungen mit Hilfe gefälschter Avisen erreichte allein 1994 750 mit einem Gesamtverlust in Höhe von 1 Bill. Rubel. Insgesamt wird der Schaden aus Avismanipulationen in den Jahren 1992-1994 bei Umrechnung nach dem laufenden Börsenkurs mit 12 Mrd. US-Dollar beziffert.<sup>34</sup>

Das Fehlen einer klaren Kredit- und Konkursgesetzgebung führte dazu, daß sich die Summe der nicht zurückgezahlten Kredite samt Zinsen auf Hunderte von Milliarden Rubel beläuft. Nach einigen Angaben wird jeder dritte Kredit mit dem Ziel seiner Veruntreuung aufgenommen.

1994 wurden in Moskau die kriminellen Machenschaften der Leiter einer Geschäftsbank entdeckt und unterbunden, die Mitglieder einer organisierten Gruppe waren. Sie beschafften Kredite von der Sberbank Rußlands und überwiesen sie auf illegale Korrespondenzkonten verschiedener Banken der Hauptstadt, um sie anschließend umzuschichten und zu veruntreuen. Auf diese Weise wurden mehr als 118 Mrd. Rubel entwendet.<sup>35</sup>

Forderungen nach Schuldenrückzahlung sind in der Regel schwer durchzusetzen und häufig das Motiv von Terrorakten. Deshalb ist in Rußland heute die "Herauspressung" von Schulden das gewinnträchtigste Geschäft, auf das eine große Zahl krimineller Gruppen spezialisiert ist.

Kreditbetrug erfolgt in der Regel unter Beteiligung von Bankangestellten, die sich Zugang zu den Computersystemen der Bank verschafften. So konnte etwa 1993 die Entwendung von 68 Mrd. Rubel aus der russischen Zentralbank verhindert werden. Zu Entwendungen kam es in der Moskauer Filiale der Inkobank, in den Zweigstellen der Unikobank sowie in der Geschäftsbank der Krasnojarsker Region, von wo die Verbrecher mit Hilfe computergestützter Technik 510 Mio. Rubel "abzweigten". 1995 wurden in Rostow mehrere Versuche unternommen, in das Computernetz einzudringen, das mehrere Geschäftsbanken mit dem regionalen Zentrum verbindet. Zwei davon gelangen: Bei der Überweisung von 1,5 Mrd. Rubel von einer Bank auf eine andere kam es zu einer zwanzigminütigen Störung in der Datenübertragung, wodurch ca. 150 Mio. Rubel verschwanden.

---

<sup>34</sup> A.V. Vakurin, Nekotorye itogi èkonomičeskich reform i tendencii èkonomičeskoj prestupnosti, in: Korrupcija v Rossii, a.a.O., Bd. 2, S. 26.

<sup>35</sup> Ders., O nekotorych tendencijach razvitija kriminogennyh faktorov v finansovo-kreditnoj sfere, in: Aktual'nye problemy bor'by s korrupciej, a.a.O., S. 7.

Gängige Praxis sind Bankgründungen und die Schaffung verschiedener Finanzinstitutionen mit von vornherein illegalen Zielsetzungen. In ihren Tätigkeitsbereich fallen ungesetzliche Kapitaltransfers ins Ausland, Verschleierung von Machenschaften der Erwirtschaftung und Verdeckung illegal erzielter Gewinne, ungesetzlicher Krediterwerb sowie unkontrollierte Übertragung von Kapital in die kriminelle Wirtschaft und auf ausländische Banken.

1995 wurden im Finanz- und Kreditbereich 9.600 Straftaten (bei einer Zunahme um fast das Doppelte) aufgeklärt, davon 4.200 Entwendungen. Die gesamte Verlustsumme beträgt ca. 15 Bill. Rubel. In nächster Zeit sind vermehrt Betrügereien mit Wechseln, Kreditkarten und Valuta-/Reiseschecks sowie ungesetzliche Wertpapieremissionen und Betrügereien durch Eindringen in die Telekommunikations- und Computernetze der Banken zu erwarten.

Die in Rußland betriebene Politik rigider Geldmengenbeschränkung ließ ein Vakuum an Zahlungsmitteln für den Warenumsatz entstehen, was zusammen mit dem Rückgang des Rubelbörsenkurses den Nährboden für einen raschen Eintritt des Dollars in die russische Wirtschaft schuf. Der illegale Import großer Mengen von Dollarscheinen nach Rußland in den Jahren 1992-1994 füllte dieses Vakuum. Nach Schätzung von Experten wurde jeder dritte Dollar, der in jener Zeit des rapiden Verfalls des Rubelkurses an der Börse verkauft wurde, illegal eingeführt. Die Börse wurde so in die Rolle eines Organs zur Legalisierung von Schattenkapital hineingedrängt. Gleichzeitig diente der Bardollarumlauf den Bedürfnissen des sich intensivierenden Schattenbargeldumlaufs, indem er die Maßnahmen der Behörden zur strengen Geldmengenkontrolle zunichte machte. Die gesamte Bardollarsumme erreicht z.Zt. die Höhe von 22-23 Mrd. US-Dollar, was hinsichtlich der Kaufkraft mit der im Land zirkulierenden Barrubelmenge zum Börsenkurs vergleichbar ist. Der Devisenmarkt war das umsatzmäßig dominierende und gewinnträchtigste Segment des Finanzmarkts, das bis zur Oktoberkrise des Jahres 1994 ca. 60% aller freien Finanzressourcen der Wirtschaftssubjekte auf sich zog.<sup>36</sup>

Mit der Privatisierung der Produktionsmittel wurde in Rußland nicht im Juli 1992 begonnen, wie es in den offiziellen Materialien heißt, sondern früher, mit der Gründung der sogenannten Kleingewerkschaften im Jahre 1987, von denen die meisten bei staatlichen Industriebetrieben und unter deren unmittelbarer Beteiligung organisiert wurden. Die Schaffung dieser Kooperative erwies sich als sehr geeignete juristische Form für die inoffizielle Überleitung staatlicher Mittel in private Hände.

Die russische Massenprivatisierung erfolgte innerhalb kürzester Frist. Anfang Juli 1994 waren ca. 70% aller Industrie- und Dienstleistungsbetriebe des Landes privatisiert. Viele Reformer bewerten dieses hohe Tempo der Umgestaltungen als kolossalen Reformerfolg, wobei jedoch die beträchtliche kriminelle Komponente dieses Prozesses verschwiegen wird.

Die Privatisierung begann ohne die erforderliche Neubewertung des Staatsvermögens. In der ersten Etappe erfolgte die Schätzung des Werts der zu privatisierenden und zu verpachtenden staatlichen Objekte durch die Betriebe selbst auf der Basis ihrer Bilanzberichte. Nach

---

<sup>36</sup> Ders., Nekotorye itogi ekonomičeskich reform, a.a.O., S. 27.

Expertenaussagen "war die Betriebsverwaltung an einer Senkung dieser Angaben interessiert. Deshalb...wurde der Wert der Betriebsfonds bei den anfänglichen Schätzungen herabgesetzt".<sup>37</sup> Hierbei ist zu berücksichtigen, daß auch die darauffolgende Neubewertung des Vermögens angesichts der hohen Inflation mit zeitlicher Verzögerung erfolgte, die für seine vielfache Abwertung gegenüber dem realen Wert ausreichte.

Völlig bewußt wurde der freie Umlauf von Inhabervouchern zugelassen, der ihre schnelle Konzentration in der Hand nur weniger Unternehmer ermöglichte. In den letzten Tagen der Voucherprivatisierung tauschte der Föderale Vermögensfonds Aktien von zahlreichen der größten und wertvollsten Unternehmen gegen damals in spekulativen Kreisen angesammelte Schecks ein. Infolge der künstlichen Erhöhung des Angebots gegenüber der Nachfrage kam es zu einer starken Abwertung der Aktien der zu privatisierenden Betriebe, die sofort Gegenstand großangelegter Spekulationen wurden. Ein erheblicher Teil der Aktien dieser Unternehmen wurde danach von spekulativen Kreisen mit ungeheurem Gewinn ins Ausland weiterverkauft, den das GKI im Grunde genommen dem föderalen Haushalt entgehen ließ.

Das Bulletin "Independent Strategy" vom 12. September 1994 schrieb: "Ein großer Teil der russischen Produktionsanlagefonds wurde im Privatisierungsprozeß für rund 5 Mrd. US-Dollar verkauft. Selbst wenn man davon ausgeht, daß in Rußland der Wert der Produktionsanlagefonds seinem BIP - in den führenden westlichen Ländern übersteigen sie das BIP um das 2,5- bis 2,8fache -, d.h. 300-400 Mrd. US-Dollar entspricht, ist die bei der Privatisierung erwirtschaftete Summe winzig. Deshalb empfiehlt die Agentur englischen Investoren, die Chance nicht auszulassen und sich am Kauf russischer Unternehmen zu beteiligen."<sup>38</sup>

Ein ähnliches Schicksal erwartet offenbar auch die übrigen zu privatisierenden Betriebe, deren Schätzwert nach westlicher Meinung mehr als 30 Bill. Rubel beträgt. Nach Erklärungen von GKI-Leitern sollen die erwarteten Einnahmen aus der Privatisierung dieses Eigentums nicht einmal 10 Bill. Rubel erreichen.<sup>39</sup> Die Realität ist jedoch noch trauriger: 1995, als der Staat einen Ausverkauf der Aktiva seiner rentabelsten Betriebe veranstaltete, betrugen die Privatisierungseinnahmen weniger als 5 Bill. Rubel.<sup>40</sup> Die Regierung ist gezwungen, ein Angebot an Aktien der einträglichsten Betriebe zu machen und schafft dabei auf dem Wertpapiermarkt eine Situation, in der das Angebot die kaufkräftige Nachfrage übersteigt. Darauf folgen wirtschaftliche Rechtsverstöße und im weiteren sogar Straftaten, die in diesem Bereich traditionell in organisierter Form begangen werden, wie Herabsetzung des Bilanzwerts der zu privatisierenden Objekte durch gefälschte Angaben in Buchhaltung und Finanzberichten, bewußte Verstöße gegen Versteigerungs-, Ausschreibungs- und Auktionsordnungen, Verpachtung mit späterem Rückkaufsrecht von Objekten, deren Privatisierung gesetzlich verboten ist, sowie Absprachen über ungesetzliche

---

<sup>37</sup> Zitiert nach: Sčetnaja palata: issledovanie i analiz privatizacii, in: Sovetskaja Rossija, 11.4.1996, S. 5.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> S. Glaz'ev, Neuželi èto usilivaet kontrol' nad kapitalom, in: Finansovye izvestija, 16.2.1996, S. 2.

<sup>40</sup> L. Makarevič, Gosudarstvo usilivaet kontrol' nad kapitalom, in: Finansovye izvestija, 16.2.1996, S. 2.

Vermögensteilungen und Senkungen der Betriebspreise. Der Mißbrauch einer dienstlichen Position für den Erhalt von Krediten und ihre Investition in die Privatisierung von Betrieben sowie die illegale Verwendung staatlicher Mittel für eine solche Privatisierung waren gängige Praxis. (Das "Privatisierungsgesetz" sieht keinerlei Verantwortung für den Gebrauch illegaler Zahlungsmittel bei einem Geschäft vor, sondern macht es lediglich unwirksam, weshalb ein solcher Verstoß nicht strafbar ist.) Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Staatsbeamte (der GKIs und der Vermögensfonds) Geldeinnahmen aus der Privatisierung zur Finanzierung des Handels benutzen.

Nach Ansicht sogar westlicher Spezialisten findet ein Ausverkauf des russischen Energiesektors und der Infrastruktur statt. Eine ähnliche Situation ist auch bei der Veräußerung von Unternehmen an einheimische Investoren zu beobachten, wo z.B. das Motel "Olgino" in St. Petersburg, die Nördliche Seereederei und die Murmanskener Schleppnetzflotte zu einem Preis, nämlich zu je 3 Mio. US-Dollar verkauft wurden.<sup>41</sup>Insgesamt ist die Liste der im Laufe der Privatisierung begangenen Verstöße lang.<sup>42</sup> Die genannten Rechtsverletzungen treten jedoch meist nicht offen zutage. Korruptionsbeziehungen sind schwer aufzudecken, und Strafverfahren finden in Korruptionsfällen praktisch nicht statt.

Die Kriminalisierung der Privatisierung ist Folge des in Rußland verwendeten Privatisierungsmodells. Entsprechend den Absichten der Reform"architekten" mußte die Privatisierung in kürzester Frist durchgeführt werden. Denn die Bevölkerung durfte nicht zur Besinnung kommen, nachdem man sich der Ergebnisse der ersten Reformetappe bewußt geworden war: der Preisliberalisierung, die zu einer Explosion der Verbraucherpreise und zu einem Zusammenbruch der Produktion führte. Dies hätte die Eigentumsreform blockieren können. Die Privatisierung wurde als Mittel zur Gewährleistung der Unumkehrbarkeit der begonnenen Umgestaltungen und zur Schaffung einer neuen sozialen Schicht betrachtet, die bis zum letzten bereit war, ihr einmal erworbenes Eigentum zu verteidigen.

Der überwiegende Teil des Großkapitals entstand und entsteht durch Schattentätigkeit, Spekulation, Korruption und Eigentumsdelikte. Deshalb gelangten eng mit der Schattenwirtschaft verbundene Personen sowie Vertreter des korrumpierten Staatsapparats letztendlich in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens.

Nach Angaben des Innenministeriums wurden bereits Mitte 1993 40.000 Betriebe von kriminellen Kreisen kontrolliert oder gegründet. 70-80% der privatisierten und privaten Firmen sowie Geschäftsbanken waren gezwungen, kriminellen Gruppen, Erpressern und korrupten Beamten Tribut zu zahlen.<sup>43</sup>

---

<sup>41</sup> Sčetnaja palata, a.a.O., S. 4.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>43</sup> V. Soltaganov, Obuzdat' prestupnost' v sfere ekonomiki vozmožno, in: Rossijskie vesti, 56/1993, S. 4.

## 5. Außenwirtschaftsbereich

Nach Angaben des Abteilungsleiters der Hauptverwaltung für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Je.B. Tumanow, "ist die Außenwirtschaftstätigkeit so kriminalisiert, daß in diesem Bereich begangene Straftaten die wirtschaftliche Sicherheit des Staates unmittelbar bedrohen".<sup>44</sup> Allein 1995 wurden in der Außenwirtschaft 8.000 Straftaten aufgedeckt. Der Schaden beläuft sich auf viele Billionen Rubel und Millionen Dollar.<sup>45</sup>

Laut Meinung Tumanows "besteht Grund zu der Annahme, daß gegenwärtig ein Schattenexport- und -importsystem entsteht. Neben dem offiziellen Außenhandelsumsatz ist ein Schattenumsatz zu verzeichnen".<sup>46</sup>

Diese Situation hat folgende Ursachen:

- vollständiger Verzicht des Staates auf das Außenwirtschaftsmonopol;
- Unvollkommenheit der Strafgesetzgebung für den außenwirtschaftlichen Bereich;
- offene Zollgrenzen, besonders zu den GUS-Ländern;
- Korruption der mit der Außenwirtschaftstätigkeit befaßten Beamten.

Nach vorliegenden Daten wurden in den Jahren 1992-1993 mindestens 20% des geförderten Erdöls und ein Drittel der gewonnenen Metalle aus Rußland herausgeschmuggelt. 10% der Schmuggelware gehen in die baltischen Staaten. In nur neun Monaten des Jahres 1993 gelangten Buntmetalle in Höhe von mehr als 35 Mio. US-Dollar über die estnische Grenze in den Westen. Dadurch wurde das winzige Estland, in dem keine Buntmetalle gewonnen werden, zu deren wichtigstem weltweitem Exporteur.<sup>47</sup> Ungefähr 70% der Rohstoffe aus Rußland, die durch Litauen transportiert werden, erreichen niemals ihren Bestimmungsort, die russische Stadt Kaliningrad. Nach Angaben des Innenministeriums der Rußländischen Föderation sind in Litauen vier mächtige, auf die "Umleitung" russischer Warenströme spezialisierte mafiose Organisationen tätig. 1993 "verschwand" täglich eine Bahnladung mit 7.350 Barrel Erdöl auf litauischem Territorium. An der Operation waren Mitarbeiter der Bahn, Zollbeamte sowie Vertreter russischer und litauischer Außenhandelsorganisationen beteiligt.<sup>48</sup>

Erdölverkauf zu Dumpingpreisen mit anschließendem Weiterverkauf basiert auf Korruption. Nach Angaben des russischen Innenministeriums kostet der Export einer Tonne russischen Erdöls ausländische Partner ca. 2 US-Dollar Bestechungsgeld.<sup>49</sup> Das sind mehr als 100 Mio.

---

<sup>44</sup> E.B. Tumanov, Bor'ba s korrupciej vo vnešneekonomičeskoj dejatel'nosti, in: Korruptcija v Rossii, a.a.O., Bd. 1, S. 135.

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> J. Cowwin/D. Stanglin/S. Possehl/J. Trimble, The looting of Russia?, in: U.S.News, 7.3.1994, S. 36-41.

<sup>48</sup> V. Celarier, Laundering dirty money in Russia, in: Global Finance, Januar 1994, S. 34-38.

<sup>49</sup> E.L. Suchovarova/A.V. Nesterov, Transformacija korrupcii v uslovijach perechoda k rynku, in: Korruptcija v Rossii, a.a.O., Bd. 2, S. 61.

US-Dollar pro Jahr, die in westlichen Banken auf Privatkonten von Beamten aus föderalen Ministerien und Behörden sowie von Vertretern der Republik-, Regions- und Gebietsverwaltungen ruhen.

Charakteristisch ist auch die Aufteilung der Quoten für den Kupferhandel. Organisationen, die im Besitz von Quoten sind, realisieren diese nicht immer mit eigenen Kräften, sondern "splitten" sie, indem sie mit Interessenten Verträge zur Abwicklung einer Ausfuhrvereinbarung als Spezialexporteur schließen. Die maximale Provision für einen solchen Vertrag beträgt 2%, der Wert der Quote aber wird vom "Käufer" zusätzlich bestimmt: entweder als Prozentsatz der Vertragssumme oder als fester Satz. Quoten waren daher begehrt und verteuerten sich rasch - sowohl beim Optionshandel als auch bei ihrer Umverteilung "unter sich". Es ist klar, daß die Garanten solcher Geschäfte nur Vertreter des organisierten Verbrechens sein können, die die Sicherheit derartiger Transaktionen zu gewährleisten vermögen.

Nach Aussage von Spezialisten ist der russische Zolldienst durch und durch korrupt.<sup>50</sup> Die meisten Straftaten werden von Zollmitarbeitern unmittelbar bei der Überprüfung von Außenwirtschaftsoperationen sowie der Export-Import-Geschäfte begangen.

Im Wolgograder Gebiet wurde eine aus Vertretern des Handels und der Zollorgane bestehende kriminelle Gruppe entlarvt. Sie bewerkstelligte rund 140 unkontrollierte Warenlieferungen im Wert von mehr als 11,5 Mrd. Rubel nach Rußland. Die Bestechungsgelder für die Zollbeamten in Noworossijsk, Tscheljabinsk, Krasnodar, Wolgograd und Derbent lagen bei über 0,5 Mrd. Rubel.<sup>51</sup> 1995 wurde eine aus Geschäftsleuten, Zollbeamten und Grenzsoldaten zusammengesetzte organisierte Verbrechergruppe aufgedeckt, die illegal Waren aus dem Ausland nach Charkow, Belgorod und Moskau importierte. Bei ihrer Festnahme auf frischer Tat in Charkow wurden in einer der Wohnungen mehr als 40 Siegel und Formulare mit Stempeln verschiedener russischer und ukrainischer Zollämter aufgefunden. Beschlagnahmt wurden ferner Vordrucke für Qualitätsbescheinigungen und andere gefälschte Dokumente, die für den Transport von Waren aus dem Ausland nach Rußland erforderlich wären. Innerhalb von 24 Stunden wurden Waren im Wert von ca. 100.000 US-Dollar befördert.<sup>52</sup>

In den Jahren 1994-1996 nahmen Korruptionsfälle bei Einfuhr und Verkauf ausländischer Kraftfahrzeuge in Rußland erheblich zu. Durch Verstöße der Zollkontrollorgane, der GAI (Staatliche Automobilinspektion) sowie von Geschäftsleuten gegen die im Dezember 1994 erlassene Verordnung der russischen Regierung "Über die Regelung des Transports nicht für die Produktions- und Handelstätigkeit bestimmter Waren über die Grenze der Rußländischen Föderation durch natürliche Personen" befinden sich bereits mehr als 10.000 illegal importierte Kraftfahrzeuge im Land. In St. Petersburg z.B. wurden über 1.000 in die

---

<sup>50</sup> E.B. Tumanov, a.a.O., S. 136.

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 137.

Rußländische Föderation gelangte Automobile registriert - nur 34 von ihnen waren verzollt. Dadurch entstand dem Staat ein Schaden in Höhe von 120 Mio. US-Dollar.<sup>53</sup>

## 6. Geldwäsche

Unter Geldwäsche wird heute in Rußland die Verheimlichung der Existenz sowie auch der illegalen Quelle oder illegalen Verwendung eines Einkommens verstanden, das im Ergebnis als auf legale Weise erzieltetes Einkommen ausgegeben wird.<sup>54</sup> Die Notwendigkeit einer Legalisierung krimineller Einkünfte und ihre mögliche weitere Investition führen dazu, daß verschiedene Finanzoperationen unumgänglich werden, deren Kontrolle und Analyse die Entlarvung des auf kriminellem Wege erlangten Kapitals ermöglichen. Die finanziellen Transaktionen erfolgen entweder unter Verwendung von Bargeld oder im Rahmen des sogenannten "Business-Systems".<sup>55</sup> Für einen Straftäter im finanziellen Bereich hat ein jedes dieser Systeme sowohl Vorteile und als auch Mängel.

Zu den Vorzügen der *Bargeldoperationen* zählen folgende: Jeder kann Bargeld zum Erwerb ungesetzlicher Waren und Dienstleistungen verwenden; fehlende Buchhaltung macht es schwierig, die Verbindung eines Verdächtigen zu krimineller Tätigkeit oder zum Kauf illegaler Waren und Dienstleistungen zu beweisen; nicht deklarierte Einkommen werden nicht besteuert; die Verwendung von Bargeld ist weit verbreitet. Zu den Mängeln gehören: Bargeld in großen Mengen weckt Verdacht und lenkt die Aufmerksamkeit auf diejenigen, in deren Händen es sich befindet; fehlende Aufzeichnungen und Dokumentation erschweren die Verhinderung von Diebstählen durch Mitarbeiter und andere Personen; mit großen Bargeldmengen läßt es sich nicht einfach arbeiten, und sie sind nicht leicht zu transportieren; bestimmte Finanzoperationen werden nicht in Bargeldform abgewickelt.

Die Vorteile des "*Business-Systems*": Bargeldlose Verrechnung sowie die Nutzung von Bank- und Kreditinstituten sind sehr effizient und sicher bei Anlage und Transfer von Mitteln; Verluste durch Diebstähle Angestellter sind leicht aufzudecken; auf Bankkonten befindliche Mittel können als legale Investitionen in Immobilien und Wertpapiere verwendet werden; das legale Business bildet die wertmäßige Basis für Bargeldoperationen und -quellen zu krimineller Tätigkeit sowie zur zusätzlichen Tarnung widerrechtlicher Handlungen. Die Mängel des genannten Systems sind folgende: Deklarierte Einkommen sind steuerpflichtig; geschäftliche Aufzeichnungen und Buchhaltung sind nachprüfbar; die Fälschung von Aufzeichnungen stellt eine Rechtsverletzung dar und kann zusätzliche Nachforschungen sowie die Einleitung eines Strafverfahrens nach sich ziehen; durch die Untersuchung von

---

<sup>53</sup> Ebenda.

<sup>54</sup> E.Ju. Gračeva, a.a.O., S. 4.

<sup>55</sup> Das System der Bargeldoperationen ist eine Methode zur Durchführung aller Finanztransaktionen ausschließlich mit Hilfe von Geldmitteln. Das "Business-System" ist eine Methode zur Durchführung von Operationen mit Hilfe konsequenter finanzieller Erfassung (d.h. von Schecks, Belegen, Quittungen, Wechseln u.a.). Diese spiegelt die Finanztätigkeit wider und enthält Informationen über die Quellen der Mittel und ihre Bestimmung sowie die Beteiligten und die Daten der Realisierung der Transaktionen.

Geschäftsoperationen kann eine illegale Quelle oder der Bestimmungszweck der erzielten Einnahmen aufgedeckt werden.

Es sind hauptsächlich *drei Aktivitätsbereiche*, derer sich die Finanzkriminalität zur Verlagerung illegal erzielter Mittel von einem System finanzieller Transaktionen in das andere bedient: das *legale Business*, *Kauf-Verkauf-Operationen* sowie *Off-shore-Gesellschaften und -Zonen*.

Die Nutzung des *legalen Business* ermöglicht es, Geld aus dem Bargeldsystem in das "Business-System" zu verschieben. Dies bedeutet, daß Einnahmen aus gesetzwidriger Tätigkeit durch das legale Business gewaschen werden können. Mögliche Vorgehensweisen hierbei sind: Überhöhung legaler Einnahmen; Überhöhung legaler Ausgaben; Anlage von Bargeld.

Bei Anwendung der *ersten* Variante werden die Einnahmen aus illegalen Operationen den Einnahmen aus Verkäufen im legalen Business durch gefälschte Quittungen oder Kontoauszüge und Überhöhung des Werts der verkauften Waren hinzugefügt. Letzteres führt zu einer Erhöhung des zu erklärenden Einkommens und in der Folge zu einer Erhöhung der Besteuerungsgrundlage. Um einen möglichst geringen Teil der gewaschenen Einnahmen in Form von Steuern abgeben zu müssen, suchen die Delinquenten nach Möglichkeiten zur Reduzierung der angewachsenen Steuerlast. Dieses Problem wird üblicherweise durch eine Erhöhung der legalen Betriebsausgaben gelöst. Die Erhöhung der legalen Ausgaben ergänzt die Erhöhung der Einnahmen, und dadurch kann die Steuerlast erheblich gemindert werden.

Es gibt eine Fülle verschiedener "legaler" Wege zur Erhöhung der Betriebsausgaben - und dies ist die *zweite* Variante -, von denen die Bezahlung nicht erhaltener Waren oder Dienstleistungen, fiktive Gesprächs- und Beratungstermine, Lohnzahlungen an nicht existente Mitarbeiter, Strohmänner usw. am verbreitetsten sind.

Bei der *dritten* Variante der Geldwäsche wird aus illegaler Tätigkeit erhaltenes Bargeld unmittelbar unter den normalen Geschäftseinnahmen auf dem Bankkonto angelegt, ohne die Einlage zu verschleiern. Sie wird hauptsächlich verwendet, um die Vorzüge eines Bankkontos zur Überweisung illegaler Mittel in das System finanzieller Geschäftstransaktionen zu nutzen. Ist man erst einmal im Besitz eines Kontos, können Schecks für persönliche Ausgaben ausgestellt und dadurch Verdachtsmomente ausgeschlossen werden, die bei der Handhabung einer großen Bargeldsumme entstünden.

Der ideale Betrieb zur Verschleierung von Geldwäsche ist derjenige, der unmittelbar mit Bargeld zu tun hat, relativ fixe Kosten aufweist und gegenüber einer Bank in bezug auf Bargeld keiner Rechenschaftspflicht unterliegt. In der Anfangsetappe der russischen Reformen galten Dienstleistungsunternehmen - Restaurants, Cafés, Geschäfte u.ä. -, in denen es eine Fülle von Möglichkeiten zu illegalem Handel und anderen Straftaten gibt, als beste Deckadressen. Mit zunehmender "Erfahrung" drangen kriminelle Gruppierungen auch in jene Branchen vor, in denen ein starker Konkurrenzkampf herrscht oder hohes professionelles Niveau erforderlich ist, ohne sich vor den Schwierigkeiten zu fürchten, ein kompliziertes Geschäft und eine nicht einfache kriminelle Organisation gleichzeitig zu leiten.

Neben der Nutzung legaler Geschäftstätigkeit spielen auch Manipulationen mit *Kauf-Verkauf-Operationen* als Methode zur Verlagerung von Bargeld in das "Business-System" eine nicht unbeachtliche Rolle. Gegenstand solcher Machenschaften, die darauf gerichtet sind, illegal erworbene Geldmittel zu verbergen und Finanzverbrechern eine legale Einkommensquelle zu garantieren, können Immobilien oder andere Objekte in Privateigentum sein.

So wird z.B. ein Immobilienkauf zu einem herabgesetzten Preis abgewickelt und der Unterschied zum tatsächlichen Preis in bar - ohne Ausstellung irgendwelcher Dokumente - bezahlt. Auf diese Weise erfolgt der Übergang vom Bargeld- in das "Business-System" und ist das Geld gewaschen. Diese Art der Geldwäsche kann im Prinzip bei jeder beliebigen Kauf- und Verkaufshandlung durchgeführt werden. Nur eine Bewertung durch Experten oder ein Vergleich der Verkaufsdaten kann den "wahren Umfang" des Geschäfts an den Tag bringen.

Die Finanzverbrecher benutzen zur Kapitalwäsche und zur Steuerhinterziehung sehr häufig *Off-shore-Zonen*, in denen die Gründung fiktiver Unternehmen, die Eröffnung geheimer Bankkonten u.ä. möglich sind. Die zuvor aufgezeigten Wege zur Verschleierung illegalen Kapitals werden auch für seinen Transfer ins Ausland beschränkt. Hat das Kapital erst einmal die Grenzen des Landes hinter sich gelassen, ist es sehr schwierig, derartige Transaktionen nachzuweisen.

Es gibt viele Arten des Kapitalexports aus Rußland, am verbreitetsten aber sind folgende:

- physischer Transport: Illegal erworbenes Bargeld wird im Handgepäck, im Koffer, am Körper usw. ausgeführt;
- telegraphische Überweisung: Illegale Einnahmen werden auf einem Bankkonto in Beträgen von jeweils weniger als 10.000 US-Dollar angelegt, womit keine Offenlegungs- und Kontrollpflichten der Banken entstehen; danach erfolgt die telegraphische Überweisung auf ein Bankkonto in der Off-shore-Zone eines anderen Landes;
- Bankscheck: Bargeld wird auf ein Bankkonto einbezahlt; dafür werden Bankschecks ausgestellt, die per Post verschickt oder persönlich in eine Off-shore-Zone verbracht werden; die Bankschecks werden ebenfalls in Beträgen ausgestellt, die 10.000 US-Dollar nicht übersteigen;
- Bezahlung von Dienstleistungen im Ausland: Eine russische Firma z.B. muß an eine ausländische Gesellschaft angeblich 100.000 US-Dollar für Consulting bezahlen; in Wirklichkeit schickt sie das Geld an eine fiktive Gesellschaft im Ausland, die es gegen eine bestimmte Gebühr - 5-7% vom Umfang des Geschäfts - wieder auf das Konto der russischen Firma einzahlt.

Die genannten Verfahren werden in der Regel kombiniert angewendet.

Die gewaschenen Gelder können meist im Ausland verbleiben, um dort von den Delinquenten für Investitionen oder andere Zwecke genutzt zu werden. Ein Sekundäreffekt der internationalen Geldwäsche tritt ein, wenn die Mittel zurückkehren: Sie treffen häufig als "steuerfreie" Einnahmequellen ein.

Auch für den Geldimport nach Rußland gibt es nicht wenige Verfahren.

Rund um die Geldwäsche treten noch andere kriminelle Vorgehensweisen auf. Es handelt sich dabei um fiktive Darlehen und fiktive Auslandsinvestitionen. Fiktive Gesellschaften können im Ausland Bankkonten eröffnen. Danach werden per Scheck oder telegraphische Überweisung Darlehen dieser fiktiven Gesellschaften nach Rußland geleitet. In Rußland organisiert sich das legale Business, aber zur Versorgung mit Kapital macht es sich fiktive "ausländische Investoren" zunutze. Zahlungen fließen über das "Business-System" der finanziellen Transaktionen (Schecks, telegraphische Überweisungen u.a. fiktiver Gesellschaften oder von Einzelpersonen) in das Land zurück. Unter den Verfahren zum Geldimport nach Rußland finden sich ebenfalls Bezahlung fiktiver Dienstleistungen, Bankschecks und telegraphische Überweisungen, physischer Transport usw.

Der Übergang zur Geldetappe der Privatisierung schuf beträchtliche Anreize, große Summen illegal importierten Kapitals zum Aufkauf entwerteter Aktien der zu privatisierenden Betriebe zu verwenden. Die Beteiligung dieses Kapitals an der Geldprivatisierung über Dritte oder unmittelbar durch Portefeuilleinvestitionen beendet den vielstufigen Prozeß der Legalisierung krimineller Einkommen.

In Rußland gibt es heute im Grunde genommen keine Rechtsmechanismen, die es ermöglichen, Kapitalwäsche dieser Art zu kontrollieren und zu unterbinden. Der Gesetzentwurf über die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Legalisierung krimineller Einkommen ist in den Parlamentskomitees hängengeblieben, wo seine Annahme durch einflußreiche Lobbys blockiert wird. Und auch die darin vorgesehene Überprüfung der Einkommenserklärungen natürlicher und juristischer Personen, die an der Privatisierung beteiligt sind und Aktien im Wert von mehr als 500 bzw. 5.000 Mindestgehältern aufkaufen (derartige Regelungen sieht der Gesetzentwurf vor), kann das Problem der Bekämpfung der Legalisierung des kriminellen Kapitals nur teilweise lösen.

## **7. Schlußbemerkung**

Die Beantwortung der Frage "Was tun?" ist an sich nicht Sinn und Zweck dieses Berichts, sie darf aber dennoch nicht völlig ignoriert werden. Deshalb nur einige Überlegungen hierzu:

1. Sich die Beseitigung der Schattenwirtschaft zur Aufgabe zu machen, wäre erstens unrealistisch (selbst in den prosperierendsten Ländern erreicht sie 10% des BIP) und zweitens schädlich, da sie eine Reihe positiver Funktionen erfüllt. Viel wäre schon erreicht, wenn es heute gelänge, die Struktur der Schattenwirtschaft zu verändern und ihre kriminellen Komponenten zu reduzieren.
2. Die Errichtung gesellschaftlicher Kontrolle über die Tätigkeitsbereiche, die den einkommensintensiven korporativen Sektor der Wirtschaft bilden (Erdöl-/Erdgas-Komplex, Gewinnung von Bunt- und Edelmetallen, Finanzbereich, Vermittlertätigkeit), könnte den oben dargelegten negativen Entwicklungsgang verlangsamen bzw. aufhalten. Hierzu wären strengste Maßnahmen bis hin zur Verstaatlichung bestimmter Zweige als zulässig zu erachten. Die marktwirtschaftliche Praxis kennt solche Beispiele (u.a. die Erfahrungen mit der Verstaatlichung des Bankensektors in Chile nach 1973).

3. Die wichtigste Voraussetzung für die Bekämpfung sozial gefährlicher Erscheinungsformen der Schattenwirtschaft wäre die stringente Regelung der Eigentumsverhältnisse.
4. Soziologische Untersuchungen zeugen davon, daß es in Rußland heute "praktisch keine Unterschiede in den Konsumstandards gibt, an denen sich Bevölkerungsgruppen mit differierendem Einkommensniveau orientierten. Es dominiert der einheitliche Standard eines gesicherten Lebens, dessen Erlangung ziemlich hohe Einkommen erfordert".<sup>56</sup> Viele der Befragten fassen das Existenzminimum recht eigenartig auf: nicht als physiologisches Minimum, sondern als soziales Minimum, das es ermöglicht, wie die meisten im sozialen Umfeld zu leben - was von einer gewissen Gleichmacherei in der russischen Mentalität spricht. Es wäre notwendig, die Vorstellung rationaler, der Ideologie des Kapitalismus inhärenter Askese aktiv in das gesellschaftliche Bewußtsein einzuführen sowie die organisatorisch-rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für eine Akkumulation auf allen Ebenen zu schaffen.
5. Die Stimulierung von Formen der Selbstorganisation der Bevölkerung als Instrument zur Wiedergeburt ökonomischen und politischen Bewußtseins sowie als Mittel zu gegenseitiger Hilfe und zum Widerstand könnte bei der Bekämpfung unerwünschter Folgen der sich so rasant entwickelnden Schattenwirtschaft äußerst dienlich sein.

Die berührten Punkte schöpfen die Tiefe des Problems natürlich nicht aus, dessen weitere theoretische Erarbeitung für Rußland noch lange Jahre aktuell sein wird.

---

<sup>56</sup> N.V. Černina, Bednost' kak social'nyj fenomen, in: Socis, 3/1994, S. 55.

**Swetlana Glinkina**

## **A Survey of Criminal Elements in the Russian Economy: Categories and Dimensions**

Bericht des BIOst Nr. 29/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The major upheavals that have taken place in the course of the transformation process in Russia have had manifold social and economic repercussions. The increasing number and new kinds of economic crimes committed in the course of reforms are attracting growing public attention. Opinions differ considerably, however, about whether criminal economic behaviour was an inherent component of the economic system of the former USSR or whether it is a consequence of the reform model that Russia has chosen to follow.

The present report analyses economic crime in Russia today and the reasons for its emergence. It then examines various aspects of the "shadow economy" and looks at the specific nature of the criminalisation of particular sectors of the economy.

Naturally, many of the data concerning the "shadow economy" and economic crime are only rough estimates or else are based on the opinions of experts. The chief sources for the report are information provided by the Ministry of Internal Affairs of the Russian Federation, the not very numerous analytical articles by Russian and Western scholars on this subject and conversations the author had with the staff of authorities charged with combating economic offences and organised crime on a day-to-day basis.

#### *Findings*

1. The steady increase in economic crimes in Russia during the 1990s has brought about a criminalisation of the economic system. Criminal elements have infiltrated all stages of the production process and economic relationships generally.
2. The general term "shadow" or "black" economy may be subdivided into three categories: the "unofficial economy," the "illegal economy" and the "fictitious economy." The analysis shows that, although the "shadow economy" exists on a similar scale in a number of Central and Eastern European countries, in terms of its structure, its impact on distribution relationships and the chief problems it has caused there are big qualitative differences between Russia and elsewhere. Each aspect of the "shadow economy" must be considered individually, since the reasons for its evolution, its socio-economic impact and, accordingly, the methods suitable for combating it differ in each case.

3. The following are some of the main reasons for the rapid growth of the "shadow economy" in the course of the 1990s:
  - the landslide pace of economic reform in Russia as a result of which the old order has been unable to withstand the pressure of change and has begun to disintegrate;
  - the fact that Russia has chosen to follow a model of economic reform that forces economic actors to engage in criminal behaviour if they are to make a living and function in society;
  - the depressing state of Russian legislation. Economic reforms were introduced in the absence of one of the most important preconditions for the market – a civil code of law. The laws that were passed in order to guarantee reforms contained no discernible system of priorities, while legislation concerning public service is fragmentary and leaves many issues open;
  - the deliberate destruction of the former system of total control without the simultaneous creation of new democratic methods of controlling crime;
  - the peculiar nature of the distribution relationships that have emerged, which give broad sectors of society an interest in the development of a "shadow economy".
4. The emergence of an "unofficial economy" (i. e., production under the guise of legal economic activity of goods and services that are not included in economic statistics and are concealed from the tax authorities) is the result of Russia's extremely rigid tax regulations, its low tax morale and the difficult material situation of the majority of the population.
5. An "illegal economy" (i. e., all prohibited forms of economic activity) has grown up among organised criminal groups and associations that are national or territorial in character (according to the Ministry of Internal Affairs of the Russian Federation there are now more than 5,500 organised criminal groups in Russia). These groups are active both in the illegal economy and on the margins of the legal economy. Over the past one-and-a-half to two years their activities have been directed at investing their criminally acquired income in the legal sector of the economy.

The realisation of huge illegal profits has enabled organised crime to establish corrupt relationships with state officials at various levels and to establish a system of protection from public control for organised criminal groups. In practical terms this means that a mafia structure is being established in Russia, although the term "mafia" is used only informally among journalists and the population. It is not to be found either in official documents of the Russian Federation or in criminological studies

6. For a number of reasons, the character, extent and mechanisms by which the "fictitious economy" functions have changed considerably in the course of economic transformation. (The term "fictitious economy" is used to denote all kinds of economic activity based on forgery, speculative deals, corruption and other crimes involving the receipt and distribution of cash as well as numerous kinds of privileges.) In contemporary Russia economic actors can derive far greater financial benefit from participating in the process of

distributing and shifting national wealth and state budgetary funds than from engaging in any kind of productive activity. As a result they are putting ever greater resources and efforts into establishing "special" relationships with state officials who have the power to make important decisions for business (the distribution of quotas, subsidies, credit, licenses, franchises etc.) in order in this way to obtain their share of the "pie" as well as to obtain unwarranted privileges.

The desire to acquire artificially created "pensions/sinecures" has produced lobbies of various kinds (the oil lobby or the agricultural lobby, for instance). Among these lobbies and among the spreading mafia-criminal structures the battle for control of the most lucrative sectors of the economy (the export-import business, banking, real estate, and especially the property, precious metals and precious stones markets) has intensified.

7. In the "fictitious economy", which is scarcely subject to legal control, huge fortunes are being made, mainly from preferential credits, hidden export subsidies, import subsidies and informal privatisation.
8. The economic basis of the "shadow" or "black" economy and organised crime, which in recent years have become closely linked, is the circulation of illegally acquired money. The Main Administration for Economic Crime of the Ministry of Internal Affairs of the Russian Federation estimates that money of this kind now amounts to around 60-70 billion rubles from the following sources:
  - money embezzled from the vulnerable and under-developed banking accounting system;
  - banking resources misappropriated through fictitious deals;
  - public funds taken from various finance companies and trusts;
  - insufficient foreign currency returns and insufficient foreign currency purchases by Russian exporters;
  - misuse of state credits;
  - forging of currency.
9. Illegally acquired money must be "laundered." The "laundering" of "dirty" Russian money takes place both in Russia and abroad via financial transactions using cash or within the framework of the so-called "business system".

The "laundered" funds are either deposited abroad, thus increasing still further the already huge volume of capital outflow from Russia, or they re-enter Russia in the form of "tax-free" investments. The volume of such investments has increased as a result of the sale of state assets at rock bottom prices which has occurred in the course of the privatisation program.

In Russia there exist practically no legal mechanisms for controlling or stopping deals involving illegally acquired Russian or foreign capital. The country is thus turning into a giant "laundry" for criminal money.

